

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 vierteljährlich 2.00 M. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-
 Behörde für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Rollen-
 zelle oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. November 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Krupp-Presse.

Die Zurückhaltung, die wir, aus allgemein menschlicher Achtung vor dem Tode, im Falle Krupp uns auferlegt, wird von der Camorra der kapitalistischen Presse nicht gelbt. Wir werden uns zwar durch all das Geschwätz nicht abhalten lassen, auf die Ungelegenheit und ihre, wie wir hoffen, für das deutsche Strafrecht wichtige Bedeutsamkeit, einzuweisen — es widerstrebt uns, angesichts des Grabes den an sich notwendigen Kampf fortzusetzen — aber das Marktschreien der bürgerlichen Presse, die den Wert eines Mannes nach seinen Millionen misst, stellt selbst wieder ein Sittenbild kapitalistischer Verwahrlosung dar, dessen naive Schamlosigkeit in einigen Strichen gekennzeichnet werden muß.

Hauptsächlich ist diese Presse von einer ganzen, überquellenden Empfindsamkeit befallen, die in unsern rauhen Zeiten geradezu es haben will. In dieser Vorabendzeit, in der ganze Völker mit Effener Kanonen niedergeschossen werden, in der Tausende von Giftgasen stündlich erbarungslos zu Grabe gehen müssen, in der niemand sich um die Arbeitslosen und Hungernden kümmert, in der Staatsanwälte und Gerichte ungezählte Opfer der Gesellschaftsordnung, aber auch die tapferen Vorkämpfer der Befreiung in den Kerker schieben, ohne daß sie sich erst erkundigen, ob ihr Gesundheitszustand das ertrage — inmitten solcher allgemeinen Herzensverhärtung weint man blutige Thränenströme über den unter tragischen Umständen erfolgten Tod eines einzelnen Mannes, gegen den seit zwei Monaten öffentliche Anklage erhoben war. Das „Berliner Tageblatt“, in dem einmal ein Redakteur körperlich mißhandelt wurde, weil in dem Blatte eine völlig grundlose Verleumdung über die Tochter eines Generals veröffentlicht war, schlacht an dem Busen der „Staatsbürger-Zeitung“, deren Specialität es ist, Jahre hindurch immer aufs neue ihre blanke Erfindung zu wiederholen, daß Leute, die ihr unangenehm sind, einen Rord begangen hätten. Das „Berliner Tageblatt“ macht sich eigens eine mythische Philosophie zurecht, die die besondere Berufspflicht von Ärzten, bei Patienten vor der Chloroformierung den Gesundheitszustand zu untersuchen, zur allgemeinen publizistischen Pflicht macht, und indem es sogar einen Aufschwung ins Christliche nimmt, schreibt es:

„Ganz anders wollaß indessen, Verblems aus dem individuellen Seelenleben behandelt sein. Hier gilt es, im Voraus alle diejenigen Folgen, welche aus der öffentlichen Erörterung derartiger Angelegenheiten für das Individuum verhängnisvoll werden können, genau zu erwägen und in ihrem möglichen Wirkungen mit peinlichster Sorgfalt vorher abzuwägen. Wer sich der ganzen Schwere seiner moralischen Verantwortlichkeit in solchen Fällen nicht vollkommen bewußt bleibt, der soll seine Hand von solchen Problemstellungen überhaupt fernhalten. Thut er das nicht, dann verbandelt sich die Problemstellung in einen Racheakt. Von wem aber entnimmt er dieses Recht zu einem derartigen Racheakt? Söld eine Gewalt ward keinem Individuum zu Teil. „Mein ist die Rache“, spricht der Herr, und mit diesem Anspruch, den sich das höchste Wesen als sein Vorrecht vindiziert, entwindet es zugleich jedem Sterblichen das Recht, selbst Rache an seinesgleichen zu nehmen.“

Sind sich die Verbreiter jenes unkontrollierten und wahrscheinlich unkontrollierbar bleibenden Gerüchtes dieser Verantwortlichkeit voll bewußt gewesen? Vor dem unerbittlichen Richter eignen Gewissens dürfte eine so gestellte Frage nicht so einfach und so leicht zu beantworten sein.“

Wir erwarten nunmehr, daß das „V. Z.“, bevor es irgend eine mangenehme Notiz über irgend eine Persönlichkeit bringt, erst bei dem Hausarzt des betreffenden Erkrankenden einzieht, ob er die Nachricht ertragen kann. Freilich unter dem Strich verfährt das „V. Z.“ anders und nachdem es oben sentimental gezwimmert und philosophisch über das Centralnervenystem gelallt, schreibt es unten ganz offen und brutal über den Kruppischen Begräbnisplatz bei Essen:

„Ein mächtiger schwarzer Marmorblock, der mit den einen Namen Krupp trägt, zeigt die Stelle, an welcher die sterblichen Überreste des älteren Alfred Krupp ruhen, der im Jahre 1887 starb. Er schlief hier einsam, ganz einsam, fern von den andern Bürgern der Stadt, fern auch von seiner Frau, die zwar gleichfalls auf diesem Plage begraben ist, aber weit von ihm getrennt. So weit, wie sie während der letzten Jahrzehnte ihres Lebens von ihm getrennt war... Vielleicht auch zeigte sich in dieser selbstgewollten Einsamkeit der erste Keim einer krankhaften Disposition, die seinem Sohn und Erben zum Verhängnis gereichen sollte. Wer will entscheiden, wie weit ein Verhängnis zur Schuld wurde, und wie weit der Schuldige mit einem Verhängnis erlag.“

Nach einer andern Richtung arbeitet der „Sozial-Anzeiger“, dessen Beziehungen zur Polizei nicht nur in der Redaktion ein Achtungshaus für Schiffbrüchige ist. Er bemüht sich, vor den gerichtlichen Feststellungen die Thatsachen aus der Welt zu räumen. So erkundet er folgenden albernem Schwundel:

„Die Kriminalpolizei, welche hier die Beschlagnahme des „Vorwärts“ in Sachen Krupp durchgeführt hat, ist in dieser Affaire auch nach dem Tode Krupp's weiter thätig. Es haben bereits mehrere Vernehmungen stattgefunden, um den Urheber der Krupp verdächtigenden Meinungen zu ermitteln. Die Untersuchungsbehörde glaubt dafür Anhaltspunkte zu haben, daß maßgebende Persönlichkeiten der socialdemokratischen Parteileitung bereits zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich bei der Aufnahme der Meldung über die Vorgänge auf Capri hätte hüten lassen.“

Die Untersuchungsbehörde des „Sozial-Anzeigers“ ist auffällig schlecht unterrichtet, so schlecht, daß man vermuten muß, sie stellt sich nur so.

Derselbe „Sozial-Anzeiger“ weiß auch aus dem geheimen Protokoll der Kerze allerlei Gabeln zu veröffentlichen: Von den

beim Tode Krupp's zugegen gewesenem Ärzten sei eine Darstellung über den Verlauf der Krankheit und den Tod Krupp's aufgezeichnet worden, welche die Unterschrift der anwesenden, zum Teil hervorragenden ärztlichen Autoritäten trägt. U. a. war auch der Berliner Nervenarzt Dr. Vogt, der ärztliche Beistand Krupp's in Berlin, am Totenbette. Das Dokument ist vorläufig nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Man darf wohl aber annehmen, daß es vornehmlich bei dem Prozeß gegen den „Vorwärts“ eine wichtige Rolle spielen wird. Auch in diesem Schriftstück soll die Ueberzeugung ausgesprochen sein, daß die Verdächtigungen der socialdemokratischen Presse mit dem Gehirnschlag Krupp's in ursächlichem Zusammenhang stehen.“ Aus informierten ärztlichen Kreisen wurde mitgeteilt, daß die Ohnmachtsanfälle, die Krupp vor zwei Jahren in Genua und vor 1 1/2 Jahren im Hotel Bristol in Berlin hatte, bereits als leichte Schlaganfälle anzusehen sind. Krupp war seit langer Zeit die Sorge seiner Ärzte, er litt an einer Veränderung des Gefäßsystems, die ein plötzliches Lebensende seit langer Zeit beschränken ließen usw.

Mit welchem hodenlosen Leichtsinne doch diese Krupp-Presse Verleumdungen und Verdächtigungen in die Welt setzt, wenn es gilt, die Socialdemokratie anzugreifen! Allerdings das Bewußtsein unsres Rechts macht uns unempfindlich gegen solche Angriffe, die überdies bald verkommen werden.

Weit wichtiger scheint uns dagegen das Verfahren, mit dem die Presse den Inhaber der Firma Krupp feiert, als sei er einer der Größten dieser Erde. Das schlechte Gewissen der kapitalistischen Klippflechte ist es, das diesen wilden Lärm veranlaßt. Denn kein Fall ist so geeignet, das Unternehmertum seiner Gottähnlichkeit zu entkleiden, als die Stellung des verstorbenen Krupp in dem ihm gehörigen Riesenbetrieb, für den er weniger bedeutete, als der geringste Hilfsarbeiter. Die „Kreuz-Zeitung“, die überhaupt die Angelegenheit mit bemerkenswerter Akribie erörtert, giebt das unverbohlen zu, indem sie schreibt:

„Sein (Friedrich Krupp's) Sohn, erst 34 Jahre alt beim Antritt der Erbschaft, von schwacher Gesundheit und ohne des Vaters überragende Eigenschaften des Geistes und Charakters, mußte die Geschäftsführung ganz jenem Directorium überlassen, an dessen Spitze bis vor kurzem Geh. Finanzrat Jende stand, und das jetzt von Landrat a. D. Rötger geleitet wird.“

So schildert ein konservatives Blatt das Kanonenkönigtum. Es mag richtig sein, daß Krupp persönlich eine scheue, sensible Natur gewesen, der vor der Öffentlichkeit zurückbebie. Aber diese Zurück vor der Öffentlichkeit hat ihn niemals gehindert, sich als Wohltäter seiner Arbeiter auszeichnen zu lassen, wie es ihn auch nicht davon zurückhielt, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Gegenüber solchen Uebermaß von Lobhudelei erwächst uns die notwendige Aufgabe, auch über die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ des Weltgeschäftes ein Wort der Wahrheit zu sagen. Auch die „Frankfurter Zeitung“ muß zugestehen, daß Krupp in socialpolitischer Hinsicht kaum weniger rückwärtsichtige Ideen gehabt habe als Stumm.

Die bürgerliche Presse verhält sich nicht anders wie die Potsdamer Lakaien und Schloßdiener, von denen sie berichtet, daß sie sich förmlich donach drängen, Krupp bei seinen Besuchen, irgend eine kleine Dienstleistung, sei es durch Abnehmen des Mantels, Zurechtweisung einer Erfrischung oder dergleichen zu erweisen, wußten sie doch, daß der „Kanonenkönig“ stets königliche Tringelder verabreichte. In seiner Bestenart trug er Lose stets eine Anzahl Jwanigmarfstände, die er an die Hofbediensteten, die mit ihm zu thun hatten, verteilte.“

Alle die Artikel, die jetzt über Krupp geschrieben werden, sind nichts als solche kleine Dienstleistungen des Hofgefolges des Kapitalismus, an dessen Legende niemand so erfolgreich gerüttelt hat, wie der unbedeutende und wohl auch unglückliche Mann, der jetzt seine Ruhe gefunden.

Ein geheimnisvoller Raubzug.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schließen ihre Bemerkungen über Krupp mit folgenden dunkel entfallenden Andeutungen:

„Wir wollen nicht vor dem noch offenen Grabe und eingehend mit denen befaßt, die seit einer längeren Reihe von Jahren den Dahingeshiedenen zum Zeitpunkt rückwärtsiger Angriffe gemacht haben. Der Zeitpunkt, auch ihrer zu gedenken, wird noch kommen; aber aussprechen wollen wir es, daß die Angriffe, welche seine Person und seine Geschäftschre zum Zielpunkt hatten, die Katastrophe vorbereiteten. Die letzten vier Jahre waren für F. A. Krupp Jahre schwerster Seelen- und Herzenskämpfe, die wohl durch die zahlreichen Beweise kaiserlicher Gnade gemildert, aber doch nicht ausgeglichen werden konnten. Die Reider und politischen Parteigänger sollen doch nicht den Socialdemokraten allein die Schuld zuschieben, daß dieser Mann viel zu früh für das Vaterland seinem Leiden erlegen ist.“

Meint Schweinburg damit nur, daß Krupp an den Central-Enthüllungen über die Pantzerplattenproble gestorben sei?

Die „Kölnische Zeitung“

schreibt:
 „Die Nachricht, daß F. A. Krupp plötzlich aus dem Leben geschieden ist, wirkt erschütternd, wenn man sie in das Licht der Beschuldigungen rückt, die in diesen Tagen gegen ihn in der socialdemokratischen Presse erhoben worden sind. Haben ihn die Erregung und die Grütterung über nichtswürdige Verleumdungen gefällt, hat er sich selbst im Bewußtsein einer Schuld gerichtet?“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“

in der jetzt die nationale Ehre von einem Ausländer redigiert wird, beteiligt sich mit 2 1/2 Spalten an den Ehrungen für

Krupp und den Verdächtigungen gegen den „Vorwärts“. Nicht zu viel Eifer!

Das Begräbnis erfolgt am Mittwoch.

Fürsten und Minister haben Beileids-Telegramme gesandt. In Essen, das ja nichts als die Firma Krupp ist, hat man unter verschiedenen Namen Kundgebungen veranstaltet.

Ueber das Vorgehen der Staatsanwaltschaft

äußern sich die liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“:

„Das Verfahren gegen den „Vorwärts“ erregt allgemein das größte Aufsehen, sowohl wegen der Persönlichkeit des Mannes, gegen den das socialdemokratische Blatt so schwere Vorwürfe erhoben hat, wie wegen des raschen und energischen Einschreitens des Staatsanwalts, der wohl kaum je so rasch zur Stelle war, wenn es sich um Verleumdung eines Privatmannes handelte. Freilich hat der Staatsanwalt, einer Meldung aus Essen zufolge, auf Antrag des Geheimrats Krupp das öffentliche Strafverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ eingeleitet. Damit bleibt aber unermessen die Promptheit und Energie des Einschreitens bemerkenswert, und die Frage liegt sehr nahe, ob der Staat, der jedem seiner Bürger mit der gleichen Verleumdung den durch unsre Gesetze ihm zustehenden Schutz angeheben lassen soll, seinen Arm auch jedem beliebigen, minder bekannten und bemittelten Privatmann leihen würde gegen ein Blatt, das Mitteilungen beleidigender und schwer verdächtigender Inhalts über ihn veröffentlicht hat. Wir glauben, dem Herrn Kenner X. in P. gegenüber würde in solchem Falle der Staatsanwalt sich auf den § 416 der Strafprozess-Ordnung berufen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die öffentliche Klage wird wegen der im § 414 bezeichneten strafbaren Handlungen (Verleumdungen und Körperverletzungen) von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.“

Vergeblüh fragen wir uns nun aber, welches öffentliche Interesse im Fall „Vorwärts“-Krupp bedroht schien. Die öffentliche Sittlichkeit? Aber der Artikel des „Vorwärts“ war sehr vorzüglich abgefaßt und sprach von den schämmen Dingen gewiß nicht mehr, eigentlich aber weit weniger aus, als in vielen Berichten über grauenhafte Verbrechen oder über Gerichtsverhandlungen, die Sittlichkeitsvergehen zum Gegenstand haben, zu lesen ist. Der „Vorwärts“ durfte schon aus tatsächlichen Gründen seinen Mitteilungen keinen sensationellen oder „pitanten“ Anstrich geben, denn er verfolgt mit seiner Veröffentlichung den nach seiner Anschauung humanen Zweck, zur Klärung des § 175 des St.-G.-B. beizutragen, unter den in Deutschland die Vergehen fallen würden, deren Krupp sich in Capri schuldig gemacht haben soll... Wir können also nicht glauben, daß der Artikel des „Vorwärts“, wenn er gegen irgend einen andern Privatmann sich gerichtet hätte, von der Staatsanwaltschaft als der öffentlichen Sittlichkeit gefährlich erachtet und verfolgt worden wäre.

Wollte der Staatsanwalt sein Einschreiten damit motivieren, daß der Angriff auf den Ruf eines Mannes, der als Vertreter eines unserer gewaltigsten, in gewissem Sinne patriotischen Vordenkenden Unternehmens, als der Arbeitgeber einer vieltausendköpfigen Arbeiterarmee unzählige Beziehungen und Beziehungen mit der seinen eng verknüpft hat, geeignet scheint, weithin Unruhe und Verwirrung zu bringen, so müßte gegen diese Motivierung einschiedener Protest eingelegt werden. Es wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, der zu den unheilvollsten Konsequenzen, zur Schwächung der Herrschaft des Grundgesetzes von der Gleichheit aller vor dem Gesetz führen könnte...“

In der Hauptsache drängt sich, je mehr man die Angelegenheit gerade einer ruhigen, juristisch begründeten Abwägung unterzieht, desto härter die Anschauung auf, daß die Berliner Staatsanwaltschaft einen schweren, die Staatsgewalt kompromittierenden Mißgriff gethan hat.“

Die Wohlthaten der Firma Krupp.

Die telegraphierten und geleitirteften Hymnen auf den verschiedenen Krupp zeigen besonders ein in allen Tonarten variirtes Leitmotiv: die Verherrlichung der Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Krupp, die Lobpreisungen auf das warme Herz Krupp's für seine Arbeiter. Niemals sind solche Lobpreisungen minder unverdient gesendet worden. Die nächstern Sprache des nachfolgenden Thatgeschennaterials wird das beweisen.

Die Arbeiterwohnungen Krupp's.

Die Firma Krupp hat den in ihrem Betrieb beschäftigten Arbeitern mehrere tausend Wohnungen erbauen lassen. Durch den Bau der Wohnungen brachte die Firma Krupp nicht das geringste Opfer. Der Mietzins dieser Wohnungen mußte ja pünktlich entrichtet werden, jedes Risiko fiel für die Firma weg, sie konnte deshalb die Miete auch um ein Geringes niedriger stellen, als der ortsübliche Mietpreis sonst betrug. Dafür besah die Firma aber in den völlig abgeschlossenen Arbeiterquartieren eine viel größere Aufsicht über ihre Arbeiter — wie weit diese Aufsicht ging, werden wir später darlegen —, sie vermochte mit Leichtigkeit jegliche Kontrolle über die in den Arbeiterkolonien Angeiedelten auszuüben. Und sie besah vor allen Dingen die Möglichkeit, entlassenen Arbeitern ihr Obdach sofort zu rauben, ein Mittel, die Arbeiter jederzeit in ihrer Hand zu behalten und vor jedem Murren gegen den Betriebsfeudalismus zu bewahren.

Die Konsumläden Krupp's.

Auch die Konsumläden Krupp's boten ein vortreffliches Mittel, die Arbeiter vor jedem Aufbegehren zu behüten. Sie beanspruchten ebensovornig auch nur den geringsten materiellen Aufwand wie die Arbeiterwohnungen. Die Konsumläden verschafften ja keineswegs ihre Waren, sondern verlausen dieselben zu den allgemein üblichen Preisen. Der einzige Vorteil der Warenabnehmer besteht in der Berechnung eines gewissen Rabatts für die ent-

nommenen Waren, ein Rabatt, der in der Höhe von 6-7 Prozent am Jahresabschluss, dem 1. Juli, berechnet, und im Dezember zurückgezahlt wurde. Aber dieser Rabatt wurde keineswegs, wie dies sonst bei Konsumvereinen Brauch ist, an alle Käufer ausbezahlt; die im Laufe des Jahres freiwillig oder unfreiwillig aus dem Betriebe ausgeschiedenen gingen vielmehr des Rabatts vollständig verlustig! Auch im günstigsten Falle, wenn der Ausgeschiedene den Betrieb kurz nach der Auszahlung des Rabatts verlassen hatte, hätte er den Rabatt für die seit dem Juli entnommenen Waren, also für ein volles halbes Jahr ein. Man sieht, daß auch die Konsumläden, diese vielgepriesene „Wohlfahrts-Einrichtung“, in Wirklichkeit nur ein ganz offenes Mittel darstellen, die Arbeiter der Firma aus Sorge vor dem Verlust von mindestens 50 Proz. des Rabatts dem Fabrikantismus der Firma Krupp gefügig zu machen.

Die Wohlfahrts-Pensionskasse Krupps.

Diese Pensionskasse ist ganz besonders als die Krone der vorbildlichen Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma gepriesen worden. Es verlohnt sich also, daß wir bei dieser berühmten Institution ein wenig länger verweilen. Denn diese Pensionskasse ist wirklich eine Wohlfahrtskasse — für die Firma Krupp nämlich!

Der „Wohlfahrts-Pensionskasse“ muß jeder Arbeiter des Betriebs angehören. Man zwingt jeden, sich den Wohlthaten dieser Kasse zu unterwerfen. Daß dieser Zwang zum Empfang der Wohlthaten nicht überflüssig ist, wird man sogleich begreifen.

Zunächst wird ein Einstreibegehalt in der Höhe des 1/2-jährigen Tagesverdienstes, durchschnittlich von 6 M., erhoben. An Tausenden Beiträgen müssen 2 1/2 Prozent des Arbeitsverdienstes gezahlt werden. Im Jahre 1900 zahlte demzufolge jedes Mitglied der Kasse einen Jahresbeitrag von 34,8 M. Und welche Wohlthaten empfängt dafür der Arbeiter? Er kann Rentnempfangler werden. Um in diese Glucksalage zu kommen, muß er also mindestens zwanzig Jahre — bei besonders schwerer Arbeit, Feuerarbeit, 15 Jahre — ununterbrochen im Dienst der Firma Krupp gestanden haben und seine vollständige Arbeitsunfähigkeit durch das übereinstimmende Attest zweier Ärzte nachweisen! Dabei bleibt bei der Dienstalters-Berechnung die Zeit vor dem zurückgelegten 18 Jahre unberücksichtigt. Für diese nicht in Anrechnung gelangenden Jahre muß er aber gleichwohl Beiträge leisten! Unberücksichtigt bleibt ferner eine über 13 Wochen hinausgehende Krankheitszeit, ferner die Zeit, während deren ein Mitglied eventuell als Halbinvalide beschäftigt war.

Diesemigen, die vor Ablauf der zwanzig resp. fünfzehn Jahre den Betrieb verlassen oder abgelegt wurden, erhalten nicht einen einzigen Pfennig jener Zwangsbeiträge vergütet, die sie während langer Jahre geleistet haben! Auch dann nicht, wenn sich, was öfter vorkam, die Beiträge auf 1000 Mark angesammelt haben! Und die Zahl der aus Krupps Betrieb jährlich Ausgehenden resp. Ausgeschiedenen ist eine ungeheuer große. Wer sich irgendwie bei einem Vorgesetzten mißlieblich macht, wer politisch anränglich ist oder auch nur einer Gewerkschaft angehört, fliegt unbarmerzig hinaus! So verließen allein im Jahre 1899 nicht weniger als 7759 Arbeiter den Betrieb! In den folgenden Jahren waren es ebenfalls 7-8000 Personen!

Daß unter solchen Umständen die „Wohlfahrts-Pensionskasse“ glänzend prosperierte, ist kein Wunder. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 25 882 betrug der Ueberschuß der letzten Jahre bei einer Gesamtentnahme von 2 246 000 M. fast die Hälfte, nämlich 1 167 000 M. Das Gesamtvermögen betrug am Jahresabschluss 1900 genau 10 742 423,81 M. Welch geniale Methode, auf Kosten der Arbeiter einen ungeheuren „Wohlfahrtsfonds“ anzusammeln! In der That, ein raffiniertes, man möchte sagen schwindelhaftes System, eine Arbeiterfaterge vorzuliegen, die in Wirklichkeit in einer Ausbeutung der Arbeiter besteht, kann nicht gut erfunden werden!

Und wach moralisch enternenden und lorrumpierenden Einfluß übt dies System auf die Arbeiter aus. Da die „verführten“ Arbeiter begreiflicherweise die hohen Summen, die sie für den Wohlfahrtsfond der Firma Krupp geopfert haben, nicht verlieren mögen, sehen sie sich genötigt, sich von den Beamten der Firma alles gefallen zu lassen. Je näher der Arbeiter dem angegebenen Dienstalter rückt, desto größer wird seine Furcht, irgendwie das Mißfallen der Beamten zu erregen, ein desto schmerzlicher, schlichterer Sklave des Vorgesetzten wird er. Mit Anspannung aller physischen Kräfte und unter Verzicht auf alle doch gesetzlich gewährleisteten Rechte, sucht er sich in der Gunst des Vorgesetzten zu erhalten. Völlige Unterwürfigkeit, blinder Gehorsam gegen alle Willkür, gegen Lohnabzug, unwürdige Behandlung ist die Lösung. Die geringste Reizung, die leichteste Hervorhebung des nicht ganz erstickten Gefühls der Menschewürde laun ihn ja aufs Straßenspalt fliegen lassen. Wie man mit den Arbeitern tatsächlich umspringt, dafür nur ein Beispiel. Im Mai 1901 wagte es ein Arbeiter, kurz vor der Generalversammlung in einer Vertreter-Vorbesprechung einige Bestimmungen der Kasse einer gelinden Kritik zu unterziehen. Zwei Tage vor der Generalversammlung wurde ihm noch gestattet, die fälligen Beiträge zur Kasse zu entrichten, dann erhielt er unbarmerzig den Entlassungsbescheid. Und dieser Mann stand mehr als zwanzig Jahre im Dienst der Firma Krupp und war ein pünktlicher, ruhiger Arbeiter. Das beweist schon der Beweis! auf seinem Abgangsgeld: „Führung und Leistung gut.“

Kein Wunder, daß in diesem Jahre fünf Versammlungen in Essen, die von 2000 Personen besucht waren, einen gesetzlichen Schutz gegen die Krone der Kruppischen Wohlfahrt, die Wohlfahrts-Pensionskasse, verlangten! Ein an Krupp, der sich damals wieder einmal auf Capri befand, abgeandertes Telegramm blieb ohne Antwort. Der Mann, der nach den Angaben seines Justizars auf Capri Leute aus Wucherhänden befreite, hatte keine Zeit für jene Arbeiter, die ihm die Summen für diese humanitäre Thätigkeit erarbeiteten!

Die Profite Krupps.

Im Bericht der Budgetkommission zum Marine-Gesetz wurden seiner Zeit die tolen Preistreiberien der Firmen Krupp und Stumm des näheren geschildert. Es wurde mitgeteilt, daß jedes Uinterschiff für 6 Millionen Mark, jeder große Kreuzer für 4 Mill. Mark Rüstschiff-Panzerplatten erfordert. Es wurde dann hervorgehoben, daß es dem Marine-Amt der Vereinigten Staaten von Nordamerika gelungen sei, Kruppische Panzerplatten zu einem Preise von 1920 Mark zu erlangen, während die deutsche Marine-Verwaltung 2320 M. pro Tonne, oder ca. 400 M. mehr pro Tonne zahlen mußte. Den niedrigeren Preis hat das amerikanische Marine-Amt erst erzielt, als der Kongreß vier Millionen Dollar ausgenorfen hatte zur Herstellung einer Panzerplatten-Fabrik der Regierung. Die amerikanischen Lieferungs-offerten gingen von dortigen Gesellschaften aus, welche Krupp und Garben für ihre Patente eine Gebühr von 35,5 Dollars die Tonne zu zahlen haben. Der Bericht der Budgetkommission rechnete nun aus, daß jeder Jahresetat der deutschen Marine etwa 7500 Tonnen Rüstschiff-Panzerplatten und bei einem um 400 M. höheren Preis pro Tonne die Nachforderung der deutschen Fabrikanten einen Nachteil von etwa 3 Millionen Mark jährlich für das Deutsche Reich oder einen Gesamtnachteil von 60 Millionen Mark für die Dauer der Panzerplatten-Flottenprogramme enthält.

Wörtlich hieß es alldam in dem Kommissionsbericht: „Gegenüber einer solchen unerhörten Preistreiberie der beiden deutschen Fabriken, welche sich dieses Monopol geschaffen hätten, wurde es für erforderlich gehalten, entweder die ausländische Konkurrenz zu den Lieferungen heranzuziehen oder die Errichtung eines Rüstschiff-Panzerplattenwerks für Rechnung des Reiches anzustreben. Eine dahin gehende Resolution wurde mit 20 gegen 4 Stimmen angenommen.“

Man sieht, der Bericht der Budgetkommission zum Marine-Gesetz liefert eine treffliche Charakteristik zum vielgepriesenen Patriotismus der Firma Krupp! Die Firma Krupp verstand es ebenso raffiniert, die deutschen Steuerzahler, wie ihre Arbeiter ihre samose „Arbeiterwohlfahrt“ bezahlen zu lassen. Kein Wunder, daß die „Entbehrungsprämie“ Krupps auf jährlich 25 Millionen answachsen konnte!

Wahrlich, eine Wohlfahrterin der Menschheit, diese Firma Krupp!

Die Zukunft der Kruppischen Werke.

Der Tod Krupps drängt die Frage auf, was die Zukunft der Kruppischen Unternehmungen sein wird. Mehrfach tauchten schon bei Lebzeiten des jetzt Verstorbenen, besonders als 1893 die Firma Krupp zur Erwerbung des Grusonwerkes schritt und zu diesem Zweck eine Obligationen-Anleihe von 24 Millionen Mark aufnahm, Gerüchte auf, daß auch das Kruppische Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden solle; doch stets erwiesen sich hinterher solche Gerüchte als leere Vermutungen. Auch jetzt wird, wie aus Essen berichtet wird, aus der Umwandlung nichts. Es liegt ein Testament vor, nach welchem das gesamte Unternehmen in alter Weise für Rechnung der Frau Krupp, die als Universal-Erbin eingetragt ist, fortgeführt werden soll. Nach deren Tode gehen die Werke laut testamentarischer Verfügung in das Eigentum der ältesten Tochter über mit der Bedingung, daß auch diese in den nächsten 25 Jahren nicht in die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft willigt. Zum Chef des Unternehmens ist, wie es heißt, Herr Arthur Krupp-Vernsdorf, ein Vetter des Verstorbenen, ausdesehen.

Der Gesamtwert der Kruppischen Unternehmungen, zu welchen neben den Essener Werken auch das Grusonwerk in Ludau bei Magdeburg, die Germania-Werke in Kiel, — der Schießplatz in Meppen, verschiedene Kohlenzechen und Hüttenwerke sowie Eisengruben bei Bilbao in Spanien (baskische Provinz) gehören, wird auf 250 bis 300 Millionen Mark geschätzt. Beschäftigt waren auf diesen Werken am 1. April d. J. 43 083 Personen, darunter 3959 Beamte. Von diesen Personen entfallen auf die Grusonfabrik 24 338, auf das Grusonwerk in Ludau 2773, auf die Germania-Werke in Kiel und Zegel 3987, auf die Kohlenzechen 6159, auf die Hüttenwerke, den Meppener Schießplatz 5528.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November.

Der Reichstag

war wieder einmal sehr schlecht besetzt. Kein Wunder, am Montag wurde über die deutschen Schulverhältnisse gesprochen, und das ist ein Thema, das den Standesgenossen des Herrn von Dettlingen sehr unangenehm in die Ohren klingt. So waren denn nur wenige Junker erschienen, und die wenigen, die erschienen waren, hielten sich lieber im Foyer, als im Saale auf.

Der Antrag unserer Fraktion, in das Tarifgesetz einen Paragraph 11b einzuschließen, wonach aus den Zollerträgen alljährlich 100 Millionen den Einzelstaaten für Volksschulzwecke überwiesen werden sollen, gab V e b e l Anlaß, ein scharf umrissenes Bild deutschen Schulwesens zu entrollen, das allerdings wenig schmeichelhaft für das Kulturinteresse unserer herrschenden Klassen ist. Die Schuld liegt aber nicht am Malor. Der preussische Fiskus und die Grandseigneurs des Herrenhauses gehen dem mittleren und kleinen Junker und Gutsdorsteher mit schlechtem Beispiel voran; es ist bezeichnend, daß gerade in Schulen unter fiskalischem Patronat die Höchstzahl der von einem Lehrer unterrichteten Schüler erreicht wird: 183. Selbstredend verzieht Vebel nicht, den für die junkerliche Weltanschauung nicht minder als für das deutsche Volksschulwesen charakteristischen Trakehner Prozeß heranzuziehen. — Das war gut, denn der freisinnige Volksparteiler und Rektor K o p f s a, der doch über die einschlägigen Verhältnisse einigermaßen unterrichtet ist, hielt es nicht für nötig, sich über Trakehnen im besonderen und preussische Schulverhältnisse im allgemeinen hier im Reichstag zu äußern. Vielleicht hat er Kompetenzbedenken, die ja neuerdings bei den Bodenstrümpfeln um Richter eine große Rolle zu spielen scheinen. Ein einziger bürgerlicher Redner nahm an der Debatte teil, der Pole v o n C z a r i n s k i. Er erklärte mit unfremem Antrage zu sympathisieren, bedauerte aber, aus Kompetenzbedenken nicht dafür stimmen zu können.

Damit war die Rednerliste erschöpft und der neuerdings um Trendt vermehrten Schlusmacherfirma Normann-Spahn die Gelegenheit zur Anwendung der parlamentarischen Quillotte genommen. Die Diskussion starb so eines natürlichen Todes. Die von uns beantragte namentliche Abstimmung über unsern Antrag ergab die Beschlunsunfähigkeit des Hauses. Das System K i c h b i d l e r erwies sich dabei als gefährlich für seine geistreichen Erfinder. Die Beschlunsunigung der Abstimmung macht es jetzt unmöglich, die fern vom Sitzungssaale im Hause sich aufhaltenden Abgeordneten rechtzeitig herbeizuschaffen. Eine Anzahl Radikaler kamen erst in den Saal, als der Präsident die Abstimmung bereits für geschlossen erklärt hatte, und hoben vergebens stehend die Abstimmungskarten in die Höhe.

Wie ungünstig die Mehrheit die öffentliche Konstatierung ihrer Schwänze bei einer Kulturfrage aufnahm, zeigten die Zwischenrufe, als der Präsident die nächste Sitzung auf Dienstag anberaumte. Die Herren wollten durchaus noch am Montag eine Stunde später die Geschäfte fortsetzen, das heißt, unsre Redner reden lassen und selbst nur zur Abstimmung im Saale erscheinen. Dieser edlen Auffassung von der Würde des Parlaments setzte der Präsident seinen Willen entgegen.

Arbeiterfrage und Radikale.

Paris, 23. November. (Fig. Ver.) Einen lehrreichen Einblick in die kleinbürgerliche Borniertheit der französischen Radikalen gewährt die Debatte über die Anwendung des Arbeiterschutz-Gesetzes von 1900 (Gesetz Millerand-Collinard). Zwei Insozialisten („socialistisch-radikale“) Abgeordneten verlangten auf dem Wege einer Interpellation weitere Durchführungen des Gesetzes. Abg. Lhopiteau wollte alle unter freiem Himmel Arbeitenden von der Wirkung des Gesetzes zwischen 1. April und 1. Oktober ausgenommen wissen, nachdem schon der gegenwärtige Handelsminister Trouillot die Mauerer und Dachdecker mit dieser „Vergünstigung“ für höchstens 90 Tage jährlich bedacht hatte. Abg. Emile Chauvin verlangte die gleiche Ausnahmebehandlung noch für die gesamte kleine Industrie, und zwar so, daß nicht nur die erwachsenen Männer, sondern auch die in den „gemischten“ Betrieben beschäftigten Frauen und Kinder der Arbeitzeit-Verlängerung verlustig gehen sollten. Das alles kann

ja v. mittels eines ministeriellen Dekrets geleistet werden, kraft der im Schutzgesetz von 1892 vorgesehenen diskretionären Durchföherung des Gesetzes durch den Minister.

Die kleinbürgerlichen Arbeiterfreunde gehen eben von dem Gedanken aus, daß der Arbeiterschutz nur in der großen Industrie am Plage sei. Ihr „socialistischer“ Radikalismus schlägt alle socialpolitischen Reformen in den Wind, sobald dadurch die Interessen der kleinen Industrie und besonders der kleinbürgerlichen Wähler ihres Wahlkreises berührt werden. Die Interpellanten scheuten sich aber auch nicht, die Wünsche der Arbeiter selbst vorzuschlagen, was ihnen freilich durch das rückständige socialpolitische Denken gewisser Schichten der französischen Arbeiterschaft ermöglicht wurde. Die großbürgerlichen Arbeiterfreunde bemühen die Gelegenheit, um ihrerseits namens der „Freiheit“ und der Arbeiterinteressen die Arbeitszeit-Verlängerung für alle Männer aufzuheben, die auf Grund des Gesetzes von 1900 in den „gemischten“ Betrieben den gleichen Schutz wie die Kinder und Frauen genießen.

Gegen den doppelten Angriff auf den Arbeiterschutz sprachen Boulain und Millerand von der jauchstischen und Bailant von der revolutionär-socialistischen Fraktion.

Millerand mahnte u. a. die Pflicht an, die Pflicht der Republik, für die geistige und socialpolitische Hebung der Arbeiter zu sorgen, was eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordere, sowie an die Pflicht der „Danbarkeit gegenüber den Arbeitern, die einen so großen Anteil am letzten republikanischen Siege gehabt haben“. Ferner begründete er sozusagen noch einmal seine Säugnobelle von 1900 und verwies darauf, daß eine Abschwächung derselben einen tödlichen Schlag für das Frauen- und Kinderbeschötz von 1892 wäre, dessen Durchführung eben erst durch jene Novelle gesichert worden ist.

Bailant verlangte die strikte Anwendung des Gesetzes von 1900, trotzdem er dasselbe seiner Zeit heftig bekämpft hatte, weil es jetzt bei aller Unzulänglichkeit nebst den früheren Schutzgesetzen das einzige allgemeine Arbeiterschutz-Gesetz sei. Gegenüber den Interpellanten betwies er auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung des Arbeitslohnes als Folgen der Arbeitszeit-Verlängerung. Der Saison-Charakter der Bauindustrie sei schon deshalb kein Grund für die Anträge der Interpellanten, weil auch in der Zeit des lebhaftesten Geschäftsganges die Arbeitslosigkeit nicht aufhöre. So gab es im August 1902 nach offiziellen Ausweisen 9 Proz. Arbeitslose in der Bauindustrie.

Der Handelsminister Trouillot sprach hingegen so zweideutig wie möglich. Er lehnte zwar die großbürgerlichen Angriffe auf den Arbeiterschutz ab, nicht aber diejenigen seiner kleinbürgerlichen Gesinnungsgenossen. Er zeigte sich bereit, das Gesetz in dessen „Geiste“ anzuwenden, welcher „Geist“ sich so durchlöcherungs-fremdlich entpuppte, daß beide Interpellanten mit Zufriedenheit ihre eignen Resolutionen zurückziehen konnten, um sich der vom Minister genehmigten Resolution anzuschließen. Diese billigt die zweideutigen Erklärungen der Regierung und „rechnet auf die Anwendung des Gesetzes von 1900 in seinem Buchstaben und seinem Geiste“ . . .

Dieses Produkt kleinbürgerlicher Verlegenheit wurde doziert mit 284 gegen 25 Stimmen. Fast die Hälfte der Deputierten enthielt sich also der Abstimmung über die Zwittelformel — natürlich aus entgegengesetzten Gründen. Die Janrossen haben sich wieder einmal in der Abstimmung gefalpen: ihre Mehrheit enthielt sich, wie die ganze revolutionär-socialistische Fraktion, 18 Janrossen aber votierten mit den kleinbürgerlichen Kerntuppen der Regierung für die mit weiteren Durchführungen des Schutzgesetzes drohende Formel. —

Deutsches Reich.

Auf dem Verhandlungs-Schauplatz alles ruhig! Die Verhandlungen, so wird berichtet, seien noch nicht abgeschlossen. Die „Köln. Volkszeitung“ sagt, daß die Verständigung noch zu nichts geführt habe. Zu nichts? Doch zu den 243 Zollanträgen der Konservativen! —

Im Handelsvertrags-Bereich ist gegen die unter dem Einfluß der Herren Möller und Roddieski für den Regierungsentwurf begeisterte Gruppe Goldberger eine starke Gegenaktion im Gange. In den Sektionen des Vereins in Nürnberg, München und Frankfurt a. M. sind scharfe Protestresolutionen gegen die Abtrünnigen gefaßt worden. Es sieht so aus, als ob eine parlamentarische Korrespondenz, außer Zweifel, daß die Freunde des Regierungsentwurfes im erweiterten Ausschuß des Handelsvertrags-Vereins in der Minderheit bleiben werden. Die Sitzung des erweiterten Ausschusses ist auf den 13. Dezember entbunden. —

Ein Nachspiel zum Trakehner Prozeß.

Die Trakehner Schulverhältnisse sind am Sonnabend in einer Versammlung des Vereins Waldeck zu Königberg i. Pr. von dem Professor Böhm, dem Leiter der „Lehrerzeitung für Ost- und Westpreußen“, in einer Rede erörtert worden, die zweifellos im Abgeordnetenhaus einen starken Nachhall finden wird. Herr Böhm teilte nach der „Hart. Itg.“ mit:

Den Lehrern Gschwandter und Schmelz jun., die auch in den Gerichtsverhandlungen gegen Herrn v. Dettlingen als Zeugen aufgetreten sind, sei von diesen seiner Zeit eröffnet worden, daß sie sich um neue Stellen wünschen sollten, da sie im G e f i l l s - S c h u l - dienst ungeeignet seien. Infolge dessen fehlen seit dem 1. Mai an der Schule in Gurböden und seit dem 1. Juli an der Schule in Danzschmen je ein zweiter Lehrer. Die dortigen ersten Lehrer müssen seitdem allein jeder über 120 Kinder unterrichten. Der zweite Fall bezieht sich auf die Zeit nach dem Prozeß. Es handelt sich um einen Hauptbelastungszeugen K i c h l s, den Lehrer Lamprecht zu Jonasthal, einen erst 46 Jahre alten Herrn, der an einem Augenübel leidet. Lehrer Lamprecht wurde am 17. d. M. von einem Regierungskommissar revidiert. Die Revision habe von 8 1/2 bis 12 Uhr vormittags gedauert, mit einer einzigen Pause von 5 Minuten. Nach Beendigung der Revision, als Lehrer und Schüler geradezu erschöpft gewesen seien, habe der Regierungskommissar Herrn Lehrer Lamprecht gefragt: „Glauben Sie, noch die Kraft zu haben, weiter unterrichten zu können?“ Lamprecht habe geantwortet: „Ja, wohl, ich habe, seitdem sich meine Gesundheit gebessert hat, auch schon bedeutend mehr gearbeitet.“ Hierauf habe der Kommissar erwidert: „Ja, das meinen Sie, wir aber nicht! Und das Schöne dabei ist, daß unsre Meinung gilt.“ —

Eugen Richter in englischer Uebersetzung.

Man schreibt uns aus London: Der freisinnige „Speaker“, die Wochen-Revue der britischen Radikalen, veröffentlicht heute eine Berliner Korrespondenz über die neuesten Entwicklungen der Zollvorlage. Die Korrespondenz stammt von Mr. Austin F. Harrison, dem Sohne des wohlbelannten englischen Politikers und Positivisten Friedrich Harrison. Darin wird u. a. erzählt: „Abgesehen von Vebel, war Herr Eugen Richter seit dreißig Jahren der gefürchtetste Gegner der Regierung . . . aber in der Frage der Obstruktion wandte er sich gegen seine Freunde und ging zur Rechten über. Er weigert sich zu obstruieren. Natürlich wurde er von der Rechten mit lautem Beifall begrüßt; ebenso sicher ist es, daß er die Minorität geschädigt hat. Er that dies aus persönlichen Groll. Seit Jahren wurde die radikale (freisinnige) Partei wegen ihrer schmächtlichen municipalen Politik von den Social-

demokraten kritisiert und in den Wahlen besiegelt. In den viel umstrittenen Fragen der Berliner Straßen, Statuen, Straßendächer, der Bestätigung des Bürgermeisters, der Unterwerfung des Magistrats unter die Autorität des Hofes haben die Freisinnigen eine traurige Rolle gespielt. Die sozialdemokratische Kritik blieb reichlich. Da Eugen Richter ein Kämpfer ist, so suchte er nach Rache. Es war wohl mutig von ihm, denn er ist gegen die Vorlage, aber es war nicht gute Parteipolitik und schmerzhaft werden die Kosten sein, die seine Partei dafür zahlen wird.

A. J. Harrison ist kein Sozialdemokrat, aber er ist der einzige englische Korrespondent in Berlin, der sich die Mühe nimmt, den deutschen Sozialismus unparteiisch zu studieren und darüber in intelligenter Weise zu berichten.

Gegen die Finanzwirtschaft des Reichs erheben einzelne Landtage Widerspruch. In Oldenburg unterbreitet der Finanzausschuß des Landtags dem Plenum eine Resolution, in welcher die großherzogliche Staatsregierung ersucht wird, durch ihren Vertreter beim Bundesrat oder auf eine sonst angemessene Art, möglichst gemeinsam mit den andern Bundesregierungen auf die Reichsregierung in dem Sinne zu wirken, daß das Reich durch größere Sparsamkeit und Einschränkung der Ausgaben eine Herabminderung der Militärbeiträge der Einzelstaaten herbeiführe.

Zu der Breslauer Stadtverordneten-Stichwahl. Die uns ein Privattelegramm aus Breslau meldet, beschloß daselbst der Wahlvorstand der freisinnigen Volkspartei, seinen Parteianhängern dringend zu empfehlen, bei der Stadtverordneten-Stichwahl die Reaktion im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht zu unterstützen.

Gegenüber der Wahlparole in Remel-Gehdelung bedeutet dieser Beschluß ja einen Akt des politischen Heroismus, wenn sich auch der Wahlvorstand nicht dazu entschließen konnte, die freisinnigen Wähler zum altliberalen Niederlande der Reaktion aufzufordern.

Ein auffeherregendes Kriegsgerichtsurteil.

Vor dem Breslauer Ober-Kriegsgericht des VI. Armeekorps als Berufungsinstantz war am Freitag angeklagt der Lieutenant Rudolf Hannig vom Infanterie-Regiment 23 in Reife der Mißhandlung eines Untergebenen im ersten Rückfall unter rechtswidrigen Waffengebrauch, Verleumdung eines Untergebenen in Ausübung des Dienstes. Der Lieutenant ist 22 Jahre alt, vorbestraft am 6. März 1903 wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung Untergebener mit vier Wochen Stuben-Arrest. Der Lieutenant ist vom Kriegsgericht der zwölften Division zu Reife am 14. Oktober von der Anlage der Mißhandlung unter Mißbrauch der Waffe und Verleumdung Untergebener freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil hatte der Gerichtsherr, Excellenz General v. Bohrsch, Berufung eingelegt, indem er der Ansicht ist, die Freisprechung des Lieutenants sei zu Unrecht erfolgt. Der Lieutenant trat in der Nacht vom 1. zum 2. September zwei Artilleristen in Reife auf der Wilhelmstraße. Als Kommando-Offizier sagte er die Soldaten nach ihren Urlaubsorten. Die Soldaten ließen fort und verdeckten sich in einem Stall des Hauses Wilhelmstraße 27. Der Lieutenant forderte die Leute auf, herauszukommen, welchem Befehl sie aus Furcht vor Strafe nicht nachkamen. Lieutenant Hannig unterjuchte nun den Stall und fand den einen Soldaten unter einer Krippe verborgen. Er will nun nochmals laut befehlen haben, unter der Krippe hervorzukommen, sonst mache er von der Waffe Gebrauch. Als niemand hervorkam, schloß der Lieutenant mit dem Regen unter der Krippe und verlegte den Kanonier Jürgensen am Oberkörper. Der Gestochene kam hervor, er blutete stark, war sehr schwach vom Blutverlust und brach bewußtlos zusammen. Der Droschke wurde er ins Lazarett geschafft, wo er behandelt wurde. Es werden elf Zeugen vernommen. Gefreiter Liebig sagt, der Lieutenant habe, als er in den Stall kam, gesagt: „Nehmer, wenn Ihr nicht vorkommt, schick ich Euch quer durch!“ Der Lieutenant sei mit gezogenem Regen auf seinen Kameraden zugegangen und habe geschrien. In den Hof geführt, konnte Jürgensen nicht laufen, stehen, reden. Zeuge habe den im Hofe in seinem Blute zusammenbrechenden Jürgensen aufgehoben, zum Lieutenant hingeführt, dort taumelte er auf den Offizier zu und dieser stieß den Mann mit der Faust vor die Brust, daß er mit dem Kopf rückwärts auf den Pfaster schlug. Wieder aufgehoben und vor den Lieutenant gestellt, sagte dieser: „Was ist los mit dem Kerl und stich den Blutenden nochmals mit der Faust, daß er wieder hinstürzt.“ Zeugin Kieger hat gesehen das Stoßen des Lieutenants nach dem Artilleristen, dessen Stiefel und den Ausbruch „Kerl“, „ich kenn Euch den Degen in Hand“ gehört. Koch andre Zeugen belanden ähnlich. Der Zeuge Kother rief dem Lieutenant zu: „Als Lieutenant müßten Sie mehr Manier gelernt haben, als den Mann so mißhandeln.“ In Stall und Hof waren große Blutlachen. Der Vertreter der Anklage beantragte 45 Tage Festungshaft, der Verteidiger Freisprechung. Richter meinte, in der Sache sei viel Unsinns geschrieben worden von einer mißgünstigen Presse, worauf ihm der Verhandlungsführer einwandte: „Das gehöre wohl nicht zur Sache: Der Lieutenant meint, er habe im Interesse der Disziplin gehandelt. Das Ober-Kriegsgericht sprach den Lieutenant frei und verwarf die Berufung des Gerichtsherrn. Der Lieutenant mußte im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin die Befolgung seines Befehls um jeden Preis durchsetzen. Er habe den Mann nicht gemißhandelt, nur abgewehrt, als er auf ihn fiel. Die Verleumdung sei nicht erwiesen.“

Ein empfindlicher Polizeikommissar. Ueber einen polizeilichen Mißgriff berichtet die „Königsb. Post. Ztg.“: Am 20. November kam vor dem Schöffengericht in Marienburg folgender Fall zur Verhandlung:

Der Arbeiter Wrobel ging am 30. August gegen 10 Uhr abends den Mühlengraben entlang, und zwar in Begleitung des Arbeiters Stürnad, ebenfalls von hier. Zwischen der Komradischen Mühle und dem Hotel „König von Preußen“ kam den beiden Arbeitern der Polizeikommissar Dräger in Zivil entgegen. Die Arbeiter gingen zur Seite, während der Kommissar zwischen ihnen durchging. Hierbei soll nun Wrobel den Kommissar angerempelt haben, so daß sich letzterer veranlaßt sah, diesen zu arretieren. Der Kommissar übergab dem Nachwächter Mann den Arrestanten, der ihn zur Wache schaffte, wo er während der Nacht verblieb. Wrobel erhielt nun ein Strafmandat in Höhe von 3 M., und zwar wegen Trunkenheit und groben Unfugs. Wrobel beantragte dagegen gerichtliche Entscheidung. Der Arbeiter Stürnad, Gastwirt beim Nachwächter Mann und Handlungsgehilfe Anton Fischer bekundeten, daß der Angeklagte an dem betreffenden Abend nicht betrunken war. Die Polizeifreigänger Löhbe und Schneider nehmen dagegen an, daß der Angeklagte damals betrunken war.

Als der Hauptzeuge Dräger selbst zugeht, daß der Wrobel nur arretiert hat, weil er nach seiner Ansicht betrunken war, bemerkt der Vorsitzende, Amtsrichter Ollenroth, in ziemlich erregtem Tone: „Glauben Sie, daß Sie jeden Betrunkenen verhaften können? Wenn der Angeklagte in später Abendstunde angetrunken die Straße entlang geht, dann wird durch ihn in keiner Weise die öffentliche Ordnung gestört. Sie haben nicht die geringste Veranlassung gehabt, den Angeklagten zu verhaften.“ Der Vorsitzende richtet weiter an den Zeugen die Bitte, die Polizeibeamten dazu zu instruieren, daß sie nur dann Verurteilung verhängen sollen, wenn diese

die öffentliche Ordnung stören oder Vergernis erregen. — Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Freisprechung.

In der That, wenn jeder animierte Student oder auch jeder angeheirathete Marineer, der einmal mit einem Passanten infolge Verchiebung seines Metacentrums in mehr oder minder unansehnliche Berührung kommt, verhaftet werden sollte, würden die Polizeiwachen in den Universitäts- und Marinestädten nicht ausreichen.

Beschlagnahme wurden die „Breslauer Morgenzeitung“ und der „Breslauer Generalanzeiger“ wegen andeutungsweise Wiedergabe des „Krupp-Artikels des Vorwärts“ sechs Tage nach dem Erscheinen der betreffenden Nummer.

Die polnische Reichstags-Fraktion hat die angekündigte Interpellation dem Reichstags-Bureau eingereicht. Sie erstreckt sich u. a. auf polizeiliche Liebergriffe gegen polnische Redakteure, das Verhalten auf den Standesämtern bezüglich Registrierung der Namen, den über polnische Geschäfte seitens der Militärverwaltung verhängten Beschlüssen.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Danzig für den verstorbenen Abgeordneten Heinrich Nidert findet am 13. Januar statt.

Einen Wahlprotest haben die unterlegenen Bürgerparteien in Offenbach nach einer uns von dort unterm 23. d. M. gemachten Zuschrift gegen die Wahl der sozialdemokratischen Wahlmänner eingereicht, den sie damit begründen, daß eine große Anzahl Personen mitgewählt habe, die zu Unrecht in der Wählerliste geführt worden seien, da sie noch die Angehörigkeit zu andern Bundesstaaten besäßen, also in fremden persönlichen Unterthanenverhältnissen standen und mithin keine heffische Staatsbürger im Sinne des heffischen Wahlgesetzes gewesen seien. Die Wahlprotestler haben eine Rechnung aufgemacht, daß nicht weniger als 926 Personen in den letzten sechs Jahren die heffische Staatsangehörigkeit erworben hätten, ohne ihre bisherige fremde Staatsangehörigkeit aufzugeben zu haben. Die zweite Kammer hat nun darüber zu entscheiden, ob diese Interpretation des Wahlgesetzes, die den Begriff „Staatsbürger“ nach dem Wortlaut der Verfassung vom Jahre 1820 auslegt, noch eine zeitgemäße ist. Man sollte wenigstens meinen, daß mit der Gründung des Deutschen Reiches der Begriff „fremder Unterthanen-Verband“ auch eine entsprechende Korrektur erfahren haben müßte. Da diese Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung ist, so darf man auf die Entscheidung des Landtags gespannt sein. Auffallend an der Sache ist nur, woher die Offenbacher Protestler so genaue Bescheid wissen über die Zahl derjenigen, die angeblich zu Unrecht ihr Wahlrecht ausgeübt haben. Zu beachten ist auch, daß wenn dem Offenbacher Wahlprotest Folge gegeben wird, der dortigen Bürgermeisterei damit auch kein besonders günstiges Zeugnis über ihre Gesetzkennntnis resp. Auslegung ausgestellt wäre. Aber das wird dieselbe wenig genieren.

Die blamierten Centrumszöllner. Aus Baden wird uns geschrieben: Einen schweren Percussor erlebte die Centrumpresse des badischen Oberlandes mit ihren Angriffen auf den nationalliberalen Abgeordneten des Schwarzwälder Wahlkreises Eberhard Billinger, Herrn Posthalter Falter in Bomdorf. Der zu mindestens 80 Prozent katholische Kreis ist seit Jahren im Reichstag nationalliberal vertreten, zum großen Schmerz des Centrums, das nicht begreifen will, daß ein Mensch katholisch sein und doch nicht fürs Centrum stimmen kann. Herr Falter mußte also nach Kräften angegriffen werden, damit man ihn bei den nächsten Wahlen durch einen Centrumsmann verdrängen konnte. Zu diesem Zweck warf ihm die schwarze Presse des Oberlandes vor, er habe im Reichstag die Interessen seiner Wähler dadurch verletzt, daß er bei der Beratung der Zollvorlage für die „mittlere Linie“ des Regierungsentwurfes und gegen die Zollforderungen der großagrarischen Heberzöllner stimmte. Nun wollte es der Zufall, daß am verflorenen Sonntag, während die Centrumsanrede gegen Herrn Falter noch im Gange war, der Redakteur Häfner von Herikalen „Landmann“ in Eßlingen auf einer Agitationsreise nach Furtwangen, im Herz des Fallerschen Wahlkreises, kam und dort in seiner Versammlungrede u. a. das Folgende sagte: „Die Wehrheitsparteien sollten sich alsbald mit der Regierung verständigen und sich mit den Getreidezöllnern der Regierungsvorlage zufrieden geben; höhere Forderungen auch die Landwirte der Gegend nicht.“ — Die letzteren stimmten dem Redner zu und sprachen damit ihr Urteil über die Hege gegen den liberalen Regierungszöllner.

Folgen der Polenpolitik. Der Redakteur des Rastowitzer Grobpolen-Blattes wurde wegen Verleumdung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. — Das Gegenstück: Einen Tag früher siegten bei den Kirchenvahlen in Gleiwitz sämtliche polnischen Kandidaten.

Ausland.

England.

Gegen die Brüsseler Judenkonvention.

London, 22. November. (Fig. Ver.) Nächste Woche wird sich das britische Parlament mit der Brüsseler Judenkonvention beschäftigen. Nach den Freistimmen zu urteilen, wird sie in liberalen Kreisen auf Widerstand stoßen. Der Cobden-Klub versendet in dieser Beziehung folgendes Memorandum: „Wird die Konvention angenommen, so verliert das Unterhaus einen Teil der verfassungsmäßigen Kontrolle über die Besteuerung des Landes. Eine Annahme der Konvention kann ferner das Land in einen Zollkrieg mit einem unsrer besten Warenabnehmer verwickeln. Nach der Konvention soll eine permanente internationale Kommission eingesetzt werden, die die Pflicht haben wird, darüber zu entscheiden, ob in gewissen Ländern Judenprämien gezahlt werden. Findet die Kommission, daß eines dieser Länder Prämien zahlt, so wird die britische Regierung gezwungen sein, eine solche Judenprämie mit einem der Prämie gleichwertigen Zoll zu belegen, oder diese Einfuhr überhaupt zu verbieten. Dies ist wahrscheinlich zum erstenmal, daß ein erster Versuch gemacht wird, das Besteuerungsrecht aus den Händen unsres Volkes zu nehmen und es in die Hände einer fremden Kommission zu legen. Diese außerordentlichen Vorschläge werden aus zweierlei Gründen verteidigt: erstens sagt man, wird die Konvention den Freihandel in der Judenproduktion herstellen; zweitens wird sie Westindien von Nutzen sein. Sie wird aber keines von beiden erreichen. Die folgenden Länder stehen außerhalb der Konvention und zahlen Prämien: Rußland, Rumänien, die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und Australien. In den meisten dieser Länder ist die Judenproduktion im Wachsen begriffen und in manchen übersteigt sie bereits den heimischen Bedarf. Ferner: Italien, Schweden und Spanien dürfen Prämien zahlen, vorausgesetzt, daß sie keinen Zucker ausführen. Aber durch die künstliche Förderung der Judenproduktion schaden sie denjenigen Ländern, die natürliche Vorteile für die Judenproduktion besitzen. Sicher ist nur, daß die Konvention unter Umständen gewisse Länder zwingen kann, die Judenprämie mit Zöllen zu belegen, was also gegen den Grundsatz des Freihandels verstößt. Wohl ist es die Absicht der Konvention, Westindien zu helfen; aber wir möchten indes bemerken, wenn die Regierung schon bereit war, das Freihandelsprinzip zu Gunsten Westindiens zu opfern, so hätte sie wenigstens eine profitablere und gründlichere Maßregel treffen sollen.“

Gemeindefinanzwesen und Gemeindefinanz. London, 22. November. (Fig. Ver.) Die Angriffe der kapitalistischen Presse auf die moderne kommunale Thätigkeit hat wenigstens das Gute gehabt, daß die Gemeinden ein offizielles Thatsachenmaterial zu ihrer Rechtfertigung sammeln. Die bekannte antimunicipale Artikelserie der „Times“ läßt sich auf zwei Anklagen reduzieren: erstens Bedenke der

Municipalsocialismus ein Wachsen der Gemeindesteuern, zweitens seien die erworbenen lokalen Monopole nicht rentabel. Zur Widerlegung dieser Anklagen veröffentlicht das „Municipal Journal“ in seinen Nummern vom 31. Oktober, 7., 14. und 21. November folgende offizielle Angaben: in den letzten fünf bis sechs Jahren wurden in folgenden Städten bedeutende Gewinne an den Gemeindebetrieben erzielt und zur Herabsetzung der Steuerhöhe verwendet:

Darlington	70 406 Pfd. Sterl.
Birmingham	183 723 „
Boston	200 465 „
Bath	25 000 „
Manchester	442 120 „
Leeds	174 403 „
Lumbridge Wells	12 950 „
Nottingham	144 000 „
Leicester	608 362 „
Hull	64 400 „
Burton-on-Trent	38 363 „
Belfast	52 511 „
Port	8 944 „

Bedeutende Gewinne wurden erzielt in Blackpool, Bradford, Sheffield, Croxhon, Swansea, Heovil, Bath, Eastborne. In allen diesen Städten wurden gleichzeitig die Preise für die von den Municipalsitäten erzeugten Güter oder geleisteten Dienste herabgesetzt.

Niederlande.

Holländische Kolonialbesitzungen. Gerade zur rechten Zeit, um die Kritik der Van Kol gegenwärtig in der Kammer an der Wirtschaft in Ostindien über, durch neues schwerwiegendes Material zu unterstützen, hat der antirevolutionäre Advokat N. van den Brand zu Medan in Deli unter dem Titel „Die Millionen aus Deli“ ein Buch herausgegeben, worin uns geradezu zu entsetzliche Gewaltthaten niederländischer Herren gegen arme Indier und Chinesen mitgeteilt werden; so z. B.: Eine javanische Frau wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihrem weißen Vorgesetzten zu Willen zu sein, für zwölf Stunden in der Stellung des gekreuzigten Christus an einen Pfahl gebunden und zwar nackt, und dabei wurden ihr die Schamteile mit japanischem Pfeffer eingerieben. Der Vorgesetzte, der diese Schandthat angeordnet hatte, wurde dafür bestraft — man verurteilte ihn nach einer andern Pflanzung. Fünf chinesische Arbeiter, die den Versuch machten, ihrem Arbeitgeber zu entlaufen, wurden dafür mit dicken Bambusstöcken geprügelt, daß Rücken und Seiten ganz und gar wund waren. Der Herr, der den Befehl dazu gab, ist niemals verfolgt worden. Eine Frau, welche die Nachtruhe eines Verwalters gestört haben sollte, wurde an einen Pfahl gebunden und so mit einem Stock geschlagen, daß ihre Schenkel zu einer großen widerlichen Eiterwunde wurden. Das ist auf der Pflanzung einer großen Tabakgesellschaft geschehen. Auf einer Kaffeepflanzung in Sardang wurden von dem Kontrolleur in einer Scheune, die als „Hospital“ diente, zwei Javanen, acht javanische Frauen und eine Leiche gefunden. Diese lag schon 24 Stunden dort. Der Administrator überließ diese Menschen ohne Essen und Trinken ihrem Los und kam nur mal, um nachzusehen, ob sie denn noch nicht tot wären“, sein Mißfallen darüber ausdrückend, daß es noch nicht so weit mit ihnen war. — Der Verfasser erklärt, daß diese Zustände nur durch die Kull-Ordnungen möglich werden, und meint, daß diese Kull-Ordnungen, die ja auch von unsrem Parteigenossen Van Kol aufs schärfste verurteilt werden, mit den „christlichen Grundfragen“ in Widerspruch stehen.

Ein sozialdemokratischer Antrag zum Kriege. Bei den Verhandlungen über das Indische Budget, die seit Mittwoch in der zweiten Kammer stattfinden, hat Van Kol im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Resolution eingebracht: „Die Kammer, den Kriege als eine Folge des Imperialismus der niederländischen Regierung mißbilligend, und überzeugt, daß jede Politik, welche unbedingte Unterwerfung zum Ziele hat, mit der Gerechtigkeit im Widerspruch steht und nicht geeignet ist, diesem Kriege so schnell wie möglich ein Ende zu machen, ersucht die Regierung, die nötigen Schritte zu thun, um einen Friedensvertrag mit dem Sultan und mit den Aghahäuptlingen zu schließen, ohne dabei unerseits die Forderung der Verzichtleistung auf ihre Unabhängigkeit zu stellen, und mit der Bereiterklärung unerseits, die im Interesse der Ordnung nötigen Maßnahmen, soweit sie es für wünschenswert erachten, zu vollziehen.“

Diese Resolution zeigt deutlich, daß Van Kol seinen principielle Standpunkt zur Kolonialfrage keineswegs geändert hat.

Parteinachrichten.

Im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt wurde in der zweiten Sitzung der Genosse Winter zum zweiten Präsidenten gewählt. Die heffische zweite Kammer wählte den Genossen Ulrich zum Schriftführer.

Fortschritte der Parteipresse. Die „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. teilt mit, daß sie infolge der Ausstellung einer neuen größeren Rotationsmaschine stärker als bisher und zwar mindestens täglich achtseitig erscheinen wird. Auch einige andre Parteiblätter haben in der letzten Zeit ihren maßinstellen Betrieb vergrößert, was auf eine erfreuliche Ausbreitung der Partei schließen läßt.

Gemeindevahlen. In Schwelm wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit 427 und 428 Stimmen gegen 186 und 180 bürgerliche gewählt. In Mühlhausen i. Th. errangen unsre Parteigenossen bei erstmaliger Beteiligung zwar noch keinen Sieg, doch kommt bei vier stichtigen Mandaten ein Genosse mit 357 Stimmen gegen einen Begruer mit 400 Stimmen in Stichwahl.

Aus Industrie und Handel.

Großer Britain. So lange die englischen Großindustriellen und Schiffreedere sich der Konkurrenz ihrer kontinentalen Kollegen überlegen fühlten, schwärmten sie für „Freetrade“ und ihre volkswirtschaftlichen Theoretiker wußten gar prächtig auseinanderzusetzen, daß Schutzzölle, Schiffsabgabensubventionen u. s. w. Unstimm seien. Seit aber in anderen Ländern, besonders in Deutschland, ein starker Wettbewerb entstanden ist, der das frühere englische Welthandelsmonopol ernstlich bedroht, hat sich die alte „Ueberzeugung“ mehr und mehr verändert. Heute schwärmt man für eine Zollunion Englands mit seinen Kolonien. Differenzialzölle zu Englands Gunsten, hohen Schiffsabgaben und Ausschaltung fremder Schiffe aus dem Äquatorverkehr. Schon im vorigen Jahre suchten die australischen Behörden den deutschen Schiffen den Verkehr zwischen australischen Häfen durch allerlei kleinliche Mittel zu erschweren, vornehmlich suchte man die deutschen Schiffe zu zwingen, während ihrer Fahrt zwischen australischen Häfen auf den Gebrauch ihrer mitgebrachten, nicht aus dem australischen Zolllande stammenden Vorräte zu verzichten. Jetzt soll der australische Staatenbund veranlaßt werden, durch Verbot des Äquatorverkehrs bezw. der Fahrten zwischen australischen Häfen für alle nichtbritischen Linien den ganzen fremden Verkehr lahmzulegen. Der „Broad Arrow“ berichtet darüber in letzter Nummer:

„Es ist der Wunsch englischer und kolonialer Staatsmänner, bei den Beratungen wenig zu verschreiben, dafür aber zu rechter Zeit viel zu schaffen. Beim Guildhall-Bankett erzwang Mr. Balfour die Möglichkeit einer sistalischen Reform zur Regelung der Verleumdung des britischen Weltreiches, und jetzt treffen aus Australien Berichte ein, die darthun, daß die letzte Kolonialkonferenz doch mehr genügt hat, als die Bestimmungen von ihr annehmen. Sir Edmond Barton beabsichtigt, beim Bundesparlament ein Gesetz einzubringen, durch das die Küstenfahrtsahrt an australischen Küsten den britischen Schiffen vorbehalten sein soll. Mr. Seddon will noch einen Schritt weiter

sehen. Er wünscht, daß kein fremdes Handelsschiff im Verlauf einer Reise zwischen mehr als zwei britischen Häfen freit fahren darf. Sollte der Wettbewerb der fremden Schiffe noch schärfer werden, so würde wohl derartige Verordnungen; zur Zeit wird sich Australien aber mit der Annahme der in den Vereinigten Staaten Amerikas gültigen Besetze für die Küstenfahrt begnügen können.

Der englische Arbeitsmarkt im Monat Oktober war ebenso schlecht wie im vorhergehenden Monat. Die berichtenden Gewerkschaften zeigen eine Arbeitslosigkeit von 5 Proz. gegen 3,1 Proz. im Oktober 1901 und gegen die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 4,7 Proz. im Oktober der letzten zehn Jahre. — Von Lohnänderungen wurden 47 950 Arbeiter betroffen; 20 280 erhielten eine Erhöhung, 27 670 eine Herabsetzung ihres Lohnes. Das Ergebnis ist eine durchschnittliche Lohnherabsetzung um 50 Pf. pro Woche und Kopf.

Die Auswanderung über Bremen und Hamburg nimmt unter dem Einfluß des auf Mitteleuropa und Rußland lastenden Drucks beständig zu. Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Oktober dieses Jahres sind 26 343 Deutsche ausgewandert gegen 19 372, 19 999 und 21 111 im gleichen Zeitraum der Jahre 1901, 1900 und 1899. Die Auswanderung über Bremen ist die vorjährige um 36 Prozent. Außer den deutschen Auswanderern sind in den ersten zehn Monaten d. J. über beide Häfen 184 434 (1901 140 575) Ausländer befördert worden, darunter über Bremen 106 989 (86 921) und über Hamburg 77 445 (59 987). Die gesamte überseeische Auswanderung über Bremen umfaßt 119 157 (95 050), die über Hamburg 85 870 (59 987) Personen, so daß die über Bremen um 24 107, die über Hamburg um 25 883 Personen gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat.

In der Generalversammlung des Harpener Eisenwerks äußerte der Vorsitzende, Herr Mödner, über die Lage des Werkes und die Aussichten der Eisenindustrie im allgemeinen: Er sei leider nicht in der Lage, über die Aussichten für 1902/1903 Günstiges mitteilen zu können. Die Gesellschaft leide auch heute noch unter dem Niedergeliegen des Geschäfts im Inlande und suche wie alle andern größeren Werke ihre Betriebe durch Auslandsgeschäfte aufrecht zu erhalten. Obwohl das Werk recht gut eingerichtet sei und die in den letzten Jahren eingeführten Verbesserungen sich gut bewährten, sei es nicht in der Lage, diese Auslandsgeschäfte ohne größeren Verlust auszuführen. Die Gesellschaft müsse sich anstrengen, ihre Selbstkosten im allgemeinen zu verbilligen und sei deshalb auch durch den kürzlichen Beschluß des Coalitionsrats, die Preise für das erste Halbjahr nicht zu ermäßigen, sehr hart betroffen worden. Wie es im Frühjahr werde, könne man heute noch nicht voraussagen. Der außerordentlich zurückgehaltene Inlandsbedarf werde ohne Zweifel wieder etwas stärker herabkommen und man werde auch mit Bestellungen aus Afrika und Ostasien rechnen dürfen. Ob diese Faktoren zusammen stark genug sein werden, um über die kurz oder lang einmal wieder ausbleibenden gegenwärtig noch sehr großen amerikanischen Aufträge Ersatz zu bieten, sei ungewiß. Etwas scheint heute nur festzustellen, daß es noch längere Zeit bedürfen wird, bis ein Ausgleich in Nachfrage und Angebot herbeigeführt werden kann. Die Gesellschaft habe in den ersten vier Monaten dieses Geschäftsjahres noch leidlich gearbeitet, weil sie im vergangenen Frühjahr für Aufträge zu verhältnismäßig noch guten Preisen vorgeorgt hätte, die jetzigen Preise machen ihr aber das Leben schwer, und sie werde deshalb Not haben, den Aktionären auch demnächst wieder ein befriedigendes Ergebnis vorzulegen.

Der englische Eisenmarkt, der seit Mitte vorigen Jahres für die deutsche Eisenindustrie stetig wachsende Bedeutung erlangt hat, da er zu ihrem wichtigsten Absatzmarkt geworden ist, hat sich in letzter Woche nach dem Bericht des Londoner „Ironmonger“ noch mehr verschlechtert. Die Aufträge für alle Arten von Eisen sind sehr gering, während der ausländische Wettbewerb immer größer wird. Die Lancashire-Staffelproduzenten haben ihren Syndikatspreis um 2 Schilling 6 Pence reduziert, aber ihr jetziger Preis steht noch immer über dem Marktpreis, und es dürfen noch weitere Preisrückgänge folgen. Ferner wird berichtet, daß es auch bei verschiedenen Schienenproduzenten mit dem Ordes zu Ende geht. Die meisten der Aufträge für Schienen von ausländischen Ländern werden von deutschen Werken begeben, die beträchtlich billiger liefern. Auch die Bestellungen der Schiffbau-Firmen gehen stetig zurück, da in diesem Industriezweig ebenfalls ein Rückgang der Beschäftigung eingetreten ist. Die Verschiffungen von Eisen nach den Vereinigten Staaten sind noch ziemlich umfangreich, da vor wenigen Wochen beträchtliche Aufträge für amerikanische Rechnung gemacht worden sind, doch nehmen auch die amerikanischen Aufträge auf Hoheisen ab.

Dem Verdienste seine Krone. Die Generalversammlung der De Voers Consolidated Mines-Gesellschaft bewilligte einstimmig einen Beitrag von 10 000 Pf. Sterl. für das Cecil Rhodes in Kapstadt zu errichtende Nationaldenkmal.

Kartoffelernte in Rußland. Die Not der russischen Bauern erfährt durch die niedrigen Ergebnisse der Kartoffelernte in diesem Jahr eine weitere Steigerung. Aus den meisten russischen Distrikten wird berichtet, daß der Ausfall der Kartoffelernte beträchtlich unter dem Mittelertrag zurückgeblieben ist. Nur einige Gouvernements des Centrums und des Wolgabens sowie der Süden Rußlands haben ein befriedigendes Resultat zu verzeichnen, während im Königreich Polen, in Weichrusland, in einzelnen der Ostseeprovinzen und im Norden die Kartoffeln durch den heißen Sommer so gelitten haben, daß sich stellenweise das Überleben gar nicht gelohnt hat.

Gewerkchaftliches.

Die Bedeutung der Rathenower Gewerkschaften und die sozialdemokratische Streitakt.

Zu dieser Angelegenheit wird uns geschrieben: In seiner Nr. 47 vom 21. d. M. antwortet der „Gewerksverein“ auf unsre Darstellung der Vorgänge beim Rathenower-Streit. In Nr. 45 hat das genannte Organ noch behauptet, es seien alle Plätze der Willen- und Vincenz-Arbeiter besetzt gewesen, heute gibt es zu, daß 25 Mann dieser Branche nach Beendigung des Streiks sofort eingestellt sind, und daß außerdem für 93 Goldarbeiter und 16 Einschleifer Plätze noch frei waren! Gerade die Goldarbeiter wurden am nötigsten gebraucht, und Goldarbeiter waren die Hiesig-Dunderschen Streikbrecher! Das Protokoll, auf welches der „Gewerksverein“ seine Behauptungen stützt, veröffentlicht das Organ nicht, sondern nur einen Satz daraus, nach welchem unsre Genossen die Schritte der Gewerksvereine nicht beurteilen. Willentlich verheimlicht das Organ, daß mit diesen „Schritten“ das Unterhandeln, nicht aber die Aufnahme der Arbeit durch die Gewerksvereine gemeint ist. Die Behauptung, daß unsre Leute zugegeben haben sollen, der Streit sei verloren, wird jetzt vom „Gewerksverein“ fallen gelassen. Dagegen wird unsren Genossen unter Berufung auf das Protokoll ein Satz in den Mund gelegt, den diese nicht gesagt haben und der auch nicht im Protokoll steht. Man kommt nun nochmal mit der Thatsache, daß acht Streikbrecher vom Verband zu verzeichnen gewesen sind. Das stimmt. Diese acht Mann haben a) 1 Woche nach Beginn des Streiks angefangen, sind Streikbrecher. Aber vom Gewerksverein sind acht Mann erst gar nicht in den Streit eingetreten! Also auf 143 Verbändler ebensoviel Streikbrecher wie auf 23 Gewerksvereine! Eine schöne Erweiterung. Trotz dieses Rückganges des „Gewerksverein“ erklärt derselbe ganz einfach: „Wir halten alles aufrecht“, und „Der Sieb hat gelassen“. — Ja, wohl, es hat schon mancher Schwindel und manche Fälschung „gelesen“! — Wer sich noch genauer informieren will, der lese in Nr. 47 der „Metallarbeiter-Zeitung“ nach. Noch ein Wetts für die Geldenthat: Die „Deutsche Metallarbeiter-Korrespondenz“ — Organ des Gewerksvereins der Rempner — bringt einen als amtlich bezeichneten Bericht, in welchem zu lesen steht, daß die Gewerksvereinsmitglieder beschlossen haben, daß die Arbeit erst am Montag, den 3. November aufgenommen werden soll. Thatsächlich aber ist das schon am Donnerstag, den 30. Oktober geschehen. Die Herren sind also gegen ihren Verantwortl. Redakteur: Carl Feid in Berlin. Inferentell verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsbuchhandlung u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. **Preis 2 Pfennige u. Unterhaltungsbeitrag.**

eigenen Beschluß Streikbrecher geworden, dem sie wollten mit der Aufnahme der Arbeit warten, bis unsre Leute entsprechende Beschlüsse gefaßt haben. Zur Befriedigung der Mitglieder des „Gewerksverein“ teile ich noch mit, daß die Einschleifungen, die der „Vorwärts“ in dieser Sache gebracht hat, fast alle von mir herrühren. Die Herren haben nun eine Adresse, an welche sie sich zur Reparatur ihres Ansehens wenden können!

Berlin und Umgegend.

Die Bäcker- und Pöfelmacher, welche im Holzarbeiter-Verbande organisiert sind, haben in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung beschlossen, die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion zu erlöchen, sie möge dahin wirken, daß die Lieferung von Straßenbesen, Walzen etc. nur solchen Fabrikanten übertragen werde, welche tarifmäßige Löhne zahlen. Zur Begründung dieses Beschlusses wurde ausgeführt, daß infolge des Submissionswesens der Preis für die genannten Materialien immer tiefer herabgedrückt werde. Darunter hätten natürlich die Arbeiter, welche diese Gegenstände anfertigen, am meisten zu leiden, denn entsprechend dem niedrigen Preis werden auch die Arbeitslöhne unaufrichtig gedrückt. So daß trotz äußerster Anspannung der Kräfte ein ausreichender Verdienst nicht mehr erzielt werden könne. In einer Resolution gab die Versammlung der Reinigung Ausdruck, daß die bezeichneten Wirtschaften am besten dadurch beseitigt würden, daß die Stadtverwaltung die betreffenden Arbeiten in eigener Regie anfertigen lasse.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Neerane.

Die Streikenden haben die Einigungsvorschläge, welche wie in der Sonntags-Kammer mitteilten, abgelehnt. Drei Versammlungen der Ausständigen beschäftigten sich gleichzeitig mit dieser Angelegenheit. In allen Versammlungen wurde einstimmig die Weiterführung des Streiks beschlossen, weil der vorliegende Vergleichsvorschlag keine nennenswerte Lohnaufbesserung in sich schließt und die Weber ohne genügende Lohnerrhöhung auf Grund eines Tarifs nicht wieder zur Arbeit zurückkehren wollen. Ueber den vorliegenden Vergleichsvorschlag ist in geheimer Abstimmung entschieden worden. Dieses Votum war nahezu einstimmig ablehnend; es stimmten 1570 für Fortsetzung des Streiks und nur 25 für Rückkehr zur Arbeit. Die Stimmung der ausständigen Weber ist außerordentlich kampfesfreudig.

Eine Konferenz von Vertretern heftiger Gewerkschaftsartelle fand am Sonntag in Offenbach statt. An derselben nahmen 20 Delegierte aus 14 Orten teil. Der Zweck dieser Zusammenkunft war hauptsächlich eine Ausprägung über ein einheitliches Vorgehen bei allen Wahlen zu sozialpolitischen Körperschaften. Zu diesem Punkt nahm die Konferenz eine Resolution an, welche das Mainzer Gewerkschaftsartell beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen für die Wahlen zu den Versicherungskörperschaften zu treffen. Weiter wurde vereinbart, daß zu bestimmten Zeiten gemeinsame Arbeitslosen-Zählungen stattfinden sollen.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Neumünster stimmten von 370 eingetragenen Wählern aus den Reihen der Arbeiter 311 und zwar für die vom Gewerkschaftsartell aufgestellten Kandidaten.

In Kattowitz (Oberschlesien) siegte bei der Gewerbegerichts Wahl die Liste der freien Gewerkschaften. Das ist die vierte obererschlesische Stadt, die sich diese erobert haben.

Ausland.

Internationale Seemanns-Konferenz. Die für Ende November geplante Konferenz wird nun bestimmt nach einer notwendigen Vertagung am 1. und 2. Dezember in London, „Maritime-Hall“, West India Dock Road, Boblar, stattfinden. Zum erstenmal wird, so lange eine seemannische Bewegung existiert, eine separate internationale Konferenz von Vertretern der seemannischen Arbeiter zusammengetreten, um über Fragen, wie Agitation und Organisation, Schutz für Leben und Gesundheit, internationale Schiffsarbeitsstrukt. zu verhandeln. — Die deutschen seemannischen Arbeiter wird der Verbandsvorsitzende Paul Müller-Hamburg auf der Konferenz vertreten.

Die Bauhandlanger in Malmö haben sich nun doch mit den vom Schiedsgerichts-Komitee festgesetzten Bedingungen einverstanden erklärt und die Arbeit wieder aufgenommen. Damit ist der langwierige Konflikt im Baugewerbe sich selbst, der am 16. April mit dem Streik der Maurer in Malmö begann und sich dann auf die anderen Branchen des Baugewerbes und alle größeren Orte Schwedens ausbreitete, beendet, und zwar im allgemeinen zu Gunsten der Arbeiter. Unter den Arbeitgebern, die den südlichen Arcis der schwedischen Baumeister-Vereinigung bilden, entstand bald nach Ausbruch des Konflikts Uneinigkeit, an verschiedenen Orten einigte man sich mit den Arbeitern, so daß zuletzt nur noch die Städte Malmö, Lund und Trelleborg übrig blieben. Durch den neuen Vertrag ist übrigens das Koalitionsrecht der Arbeiter vollständig anerkannt, auch für Lehrlinge und Werkmeister, denen die Unternehmer den Beitritt zur Organisation untersagt wissen wollten.

Aus Niederland. Gegenwärtig finden in verschiedenen Teilen Hollands Lohnbewegungen statt. Die Klein- und Zigararbeiter in Amsterdam verlangen einen Minimal-Stundenlohn von 25 Cent (ca. 46 Pf.). Ein Teil der Unternehmer hat bereits die Forderung bewilligt und man erwartet, daß auch die übrigen sich bald dazu entschließen. — Ferner wurden Lohnforderungen gestellt von den Metallarbeitern in Amhem, den Zimmerleuten in Hengelo, von den Zimmerleuten, Maurern, Steinhauern und Bauarbeitern in Deventer. Die Bäcker in Rotterdam fordern eine einständige Ruhepause, die Bäcker in Leeuwarden Abschaffung der Nachtarbeit. Die Cigarrenarbeiter in Steenwijk befinden sich im Ausstand. — Sämtliche Bäcker in Rotterdam, auch die arifischen, haben sich zu einer Föderation zusammengeschlossen, namentlich um statistische Erhebungen zu veranstalten, aber auch um, wenn's nötig werden sollte, gemeinsam vorzugehen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen-Wahlrecht.

Das sozialdemokratische Frauenkomitee Österreichs wird dem internationalen Sozialistkongresse in Amsterdam folgenden Antrag unterbreiten:

Von der Erivägung ausgehend, daß nur durch die wirtschaftliche, geistige und politische Befreiung aller Entrechteten und Bedrückten die kapitalistische Ausbeutung überwunden werden kann, hat die Sozialdemokratie aller Länder längst die Verpflichtung anerkannt, für die rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter einzutreten und den Frauen politische Rechte, insbesondere das Wahlrecht, zu erobern. Die internationalen Sozialistkongresse zu Brüssel 1891 und zu Paris 1900 hoben durch Annahme entsprechender Resolutionen der Thatsache Ausdruck gegeben, daß die internationale Sozialdemokratie sich zu dieser Verpflichtung bekennt.

Trotzdem ist bisher noch in keinem Lande von unsren Parteigenossen ein energischer Vorstoß zur Eroberung des Frauenwahlrechts unternommen worden, auch nicht in jenen Staaten, wo das Wahlrecht der Männer kaum noch einer Ausdehnung fähig wäre, wie in der Schweiz, in Frankreich, im Deutschen Reich und in Amerika.

Ist es doch allerorts auch unter den Sozialdemokraten gebräuchlich, „allgemeines Wahlrecht“ zu sagen, wenn man ausschließlich vom Wahlrecht der Männer spricht, und von Staaten, in denen die Hälfte der Bevölkerung in politischer Unmündigkeit gehalten wird, zu behaupten, es herrsche dort das allgemeine Wahlrecht.

In Belgien ist die Frage bereits aktuell und dadurch ihre Erörterung unausweichlich geworden, und es erscheint als dringend wünschenswert, daß der internationale Sozialistkongress zu Amsterdam den Parteigenossen aller Länder in dieser Sache eine Richtschnur gebe.

Es wird dem Kongress ein Leichtes sein, sich in einer solchen Weise zu äußern, die geeignet ist, jede etwa dahingehende Befürchtung der Frauen zu zerstreuen, daß die Sozialdemokraten analog dem Vorgehen der Liberalen gegen die aufstrebende Arbeiterklasse die Frauen wohl an ihren Kämpfen teilnehmen lassen, ihnen aber nicht zu den gleichen Rechten verhelfen wollen.

Wir beantragen deshalb, daß die Frage der Eroberung des Frauenwahlrechts auf die Tagesordnung des internationalen Sozialistkongresses zu Amsterdam gesetzt werde.

Sociales.

Eine neue Großstadt. Nach einem Gemeindebeschlusse soll die Stadt Gelsenkirchen im Ruhrgebiet mit den Gemeinden Bismarck, Wulme, Hüllen und Uedendorf vereinigt werden. Dadurch würde Gelsenkirchen, das jetzt 87 040 Einwohner zählt, zum Range einer Großstadt mit 100 719 Einwohnern aufsteigen.

Fünfuhr-Feierabend am Sonnabendnachmittag in den schweizerischen Fabriken. Es freuen die Berge und gebären eine Maus. Seit langer Jahren fordert die schweizerische Arbeiterklasse die Revision des Fabrikgesetzes zwecks Einführung des Zehnjahrestages und Freigabe des Sonnabendnachmittags, und nun unterbreitet der Bundesrat der Bundesversammlung eine Vorlage von 6 Artikeln, durch die die Arbeitszeit an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen von zehn auf neun Stunden reduziert und der Arbeitslohn auf 5 Uhr festgesetzt werden soll. Da das bestehende eidgenössische Fabrikgesetz für die ersten fünf Wochentage den Elf- und für den Sonnabend den Zehnjahrestag normiert, also eine Arbeitswoche von 65 Stunden, so bedeutet die Vorlage eine Herabminderung derselben um eine ganze Stunde auf 64 Stunden. Dabei giebt es aber jetzt schon zahlreiche Fabriken in der Schweiz, die an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen um 4, 4 1/2, 4 3/4 und 5 Uhr, einige, die sogar schon am Mittag schließen, so daß für manche Betriebe die Vorlage hinter dem zurückbleibt, was sie bereits haben.

Englische Produktivgenossenschaften. Das Arbeitsdepartement erhielt Berichte von 1020 Produktivgenossenschaften. Im Jahre 1901 beschäftigten sie insgesamt 33 649 Personen, die 2 008 961 Pfd. Sterl. an Lohn erhielten. Der Gesamtwert der erzeugten Waren betrug 13 200 706 Pfd. Sterl. Die produktive Thätigkeit umfaßte die verschiedenen Gewerbe: Bekleidung, Metallarbeit, Holzschmiederei, Seifen- und Steifenfabrikation, Ackerbau, Mälzerei, Bäckerei etc. Ueber die Hälfte der Arbeiter waren jedoch in der Bekleidungsindustrie beschäftigt. Von den gemachten Profiten verteilten 100 Genossenschaften die Summe von 33 623 Pfd. Sterl. unter ihre Arbeiter, deren Jahreslohn auf diese Weise um 5,4 Proz. erhöht wurde.

Verfassungen.

Eine öffentliche Schlichtergesellen-Versammlung tagte am Mittwoch (Buhstag) im „Englischen Garten“. Dr. A. Bernstein sprach daselbst über: „Der Kampf gegen die Volkstrunkenheit“. Der 2. Punkt: „Der Fortschritt der Wurfabrikation und die Arbeitslosigkeit der Gesellen“, mußte wegen Zeitmangels vertagt werden. Auch erklärte der Vorsitzende Hensel, daß dieses Thema ausführlich behandelt werden müßte, da hier gerade die Pferdewurf-Fabrikation, welche in letzter Zeit in verschiedenen Schlichtereien Platz gegriffen hat, besonders behandelt werden müßte. Obgleich die Bundesrats-Vorordnung seit dem 1. Oktober d. J. die Verwendung von Weat-Reserve, Kartoffelmehl, Kaffeebohnen und sonstigen chemischen Hilfsmitteln zur Wurfabrikation verbietet, erklärten, auf Vertragen des Vorsitzenden, 2/3 der Anwesenden, daß bei ihren Meistern derartige Stoffe noch verarbeitet werden, während 2/3 anerkannten, daß bei ihnen dies nicht mehr geschieht. Unter Verschiedenes hielt Hensel ein eingehendes Referat über die bevorstehende Delegiertenwahl zur Orts-Krankenkasse. Er ermahnte die Anwesenden, sich im eignen Interesse an derselben recht stark zu beteiligen.

Pausow. Am 18. d. Mts. fand hier eine öffentliche Versammlung statt, wo Frau Selma Steinbach-Hamburg über Idealismus im Massenkampf sprach. Zu den am Dienstag, den 25. d. Mts. stattfindenden Gewerbegerichts Wahlen wurden folgende Kandidaten als Weisiger vorgeschlagen: Bolter, Albrecht, Kieble, Krieg, Hamisch, Wolff, Jengler, Werner, Witte. Die Angriffe des Fabrikanten Herrn Jußl gegen die Gewerbegerichts-Besitzer in einem Rundschreiben an die Arbeitgeber zettigte folgende Protestresolution: Die Versammlung protestiert gegen den Vorwurf des Herrn Jußl, daß die Arbeitervertreter niemals parteiisch als Richter fungiert hätten. Weiter wurde Genossin Thier als Vertrauensperson für die Frauen von Pausow gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 24. November. (B. Z. V.) Baron Reille Interpelliert den Marineminister Pelletan wegen der Herabsetzung des Effektivbestandes der Besatzungen auf den Schiffen des Mittelmeergeschwaders und erklärt, daß die Schiffe mit einer so herabgeminderten Besatzung nicht fähig seien, eine Schlacht zu liefern und daß es unmöglich sei, gegenwärtig ein Geschwader auszurufen, welches dem Admiral Caillaud, anlässlich des Zwischenfalls von Nyliscene gleich sei, wenn ein ähnliches Ereignis eintreten sollte.

Marineminister Pelletan erwidert, er habe für das Mittelmeer-Geschwader nur dasjenige verfügt, was seit langer Zeit für das Nordgeschwader gelte, ohne daß es dem geringsten Widerspruch begegnet sei, obwohl die Bedeutung hier mindestens dieselbe sei.

Miloboye tritt für Aufrechterhaltung des Effektivbestandes der Rammgeschiffe des Mittelmeergeschwaders ein. Hierauf wird die Beratung geschlossen.

Bourrat bringt sodann eine Tagesordnung ein, welche die Erklärungen des Ministers billigt. Diese von Pelletan angenommene Tagesordnung wird mit 288 gegen 204 Stimmen angenommen und die Sitzung darauf geschlossen.

Oran.

Paris, 24. November. (B. Z. V.) Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Buenos Aires suchte ein Orkan die Stadt San Urbano in der Provinz Santa Fe heims. Etwa 100 Häuser wurden zerstört, 5 Personen getötet und 15 schwer verletzt. Der Eisenbahn- und Telegraphenverkehr ist unterbrochen.

Die Brüsseler Föderation im Unterhand.

London, 24. November. (B. Z. V.) Gerald Balfour bringt folgende Resolution ein: Das Haus billigt die in der Föderation niedergelegte Politik und ist für den Fall, daß die Konvention die Ratifikationen enthalten wird, die nötig sind, um ihr bindende Kraft zu geben, bereit, die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Durchführung zu genehmigen.

Zur Begründung der von ihm eingebrachten Resolution hält Handelsminister Gerald Balfour eine längere Rede, in welcher er das Vorgehen der Regierung, welche der Konvention beigetreten, verteidigt und seinem Bedauern Ausdruck giebt, daß die Konvention auf Widerstand stoße. Er führt aus, daß die liberale Partei auf den Grundsat der Abkündigung der Prämien verpflichtet sei und erklärt, er bege die Forderung, daß in den nächsten zehn Jahren ohne Prämien der mittlere Preis des Zuckers niedriger sein werde als in den letzten fünf Jahren. Deutschland und Österreich würden sich schließlich die Vorherrschaft über ihre Rivalen sichern, und es würde ein Zustand der Dinge folgen, in welchem der Preis für den Zucker wahrscheinlich weit höher steigen würde, als dies lediglich durch Abschaffung der Prämien je wahrscheinlich werden würde.

Paul Singer & Co., Berlin SW. **Preis 2 Pfennige u. Unterhaltungsbeitrag.**

Reichstag.

221. Sitzung, Montag, den 24. November 1902, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski, Hr. v. Ziehlmann.

Die zweite Beratung des Vorkurs-Gesetzes wird fortgesetzt. Die Abg. Bebel, Antwid und Stadthagen (Soz.) beantragen folgenden § 11b in das Vorkurs-Gesetz aufzunehmen: „Von dem Ertrage der auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Zölle sind alljährlich 100 Millionen Mark den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrizenbeiträgen herangezogen werden, zur Förderung des Volksschulwesens — und zwar speziell für Anstellung und bessere Besoldung der Lehrer und Unentgeltlichkeit des Volksschul-Unterrichts und der Lehrmittel — zu überweisen.“

Abg. Bebel (Soz.):

Die Ausgaben, die Staat und Gemeinden alljährlich für das Schulwesen aufzuwenden haben, steigen von Jahr zu Jahr. Wenn es durch unsern Antrag gelänge, den Gemeinden diese sehr bedeutenden Kosten einzusparen oder zu erleichtern, so würde das eine sehr große Wohlthat sein. Ich behaupte sogar, daß eine solche Erleichterung in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit viel größerer Freude begrüßt werden würde, wie die Witwen- und Waisenversicherung des in zweiter Lesung angenommenen Antrages Trimborn. Jedenfalls steht fest, daß die Schullasten außerordentlich drückend sind und fortgesetzt steigen. Und doch werden auf diesem Gebiete noch keineswegs alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt.

Die Vorkursen werden nach den Sätzen der Regierungsvorlage, wie ein der Regierung nahe stehendes Organ berechnet hat, um 210 Millionen steigen. Dazu kommt die weitere Belastung besonders der unteren Bevölkerungsschichten durch die höheren Lebensmittelpreise. Der Vorkurs ist somit ein kulturfeindliches Werk. So sehr wir bestrebt sind, das Zustandekommen des Vorkurs zu verhindern, so haben wir doch selbstverständlich den Wunsch, daß falls der Vorkurs zu Stande käme, wenigstens ein Teil der sehr bedeutenden Mehreinnahmen, die er dem Reich bringt, für wirkliche Kulturbedürfnisse verwendet werde. In dieser Richtung halten wir eine Förderung des Volksschulwesens in erster Linie für angebracht. Riquel sagte einmal als Abgeordneter im Abgeordnetenhaus, keine Summe könne besser verwendet werden als für die Volksschulen. Solche Ausgaben brachten laufendjährige ideelle und materielle Früchte. Die Herren von der Rechten, die ja in den letzten Jahren immer Miquels Bestrebungen unterstützt haben, sollten auch hier seinen Anschauungen folgen und unsern Antrag unterstützen. Es ist auf die Dikts der letzten Jahre verwiesen worden, aber diese Fehlbeiträge sind weit weniger durch erhöhte Ausgaben gegenüber den Vorjahren entstanden, als durch das Sinken der Einnahmen aus den Zöllen und den indirekten Steuern infolge der wirtschaftlichen Krise. Wenn wieder normale Verhältnisse eintreten, werden die Einnahmen sich bedeutend wieder vermehren. Andererseits hat das Centrum es durch seine Finanzpolitik dahin gebracht, daß sehr wesentliche Ausgabenposten des Etats für die Flotte der Verfügung des Reichstages vollständig entrückt sind. Es hat damit, wozu früher keine Partei des Hauses bereit war, eine Art Aternat geschaffen. 1896 betrug der ganze Flotten-Etat 92 Millionen Mark, im laufenden Jahre 217 Millionen. Im nächsten Jahre werden diese Ausgaben sich gemäß dem Flottengesetz noch weiter steigern. Im vorigen Jahre konnte eine neue Anleihe nur dadurch vermieden werden, daß vom Militär-Etat etwa 25 Millionen gestrichen wurden. Wäre der Militär-Etat ebenso gebunden wie der Marine-Etat, so wäre die Finanznot schon im vorigen Jahre viel größer gewesen als sie jetzt ist. Sie sehen also, meine Herren vom Centrum, wohin Sie mit Ihrer Finanzpolitik das Deutsche Reich gebracht haben. Angesichts derartiger Zustände ist es dringend notwendig, daß wir uns selber schützen, indem wir dafür sorgen, daß die Einnahmen aus dem Vorkurs wenigstens zu einem Teil für wirkliche Kulturbedürfnisse verwendet werden. Wir müssen uns so vorichtig sein, daß große neue Ausgaben drohen: eine Vermehrung der Flotte und vor allem eine Verstärkung der Kavallerie. Es war sehr charakteristisch, daß die „Tägliche Rundschau“ am letzten Sonntag aus der Feder eines Generals a. D. einen Artikel brachte, der die Notwendigkeit einer Vermehrung der deutschen Kavallerie nachzuweisen suchte. So geht es ja immer: es werden zunächst Artikel von unverantwortlichen Personen in die Presse lanciert, um die öffentliche Meinung entsprechend vorzubereiten. Da 1903 das Duinquennat abläuft, so ist es zweifellos, daß wir im nächsten Jahre eine Forderung auf Vermehrung der Kavallerie bekommen werden. Die Zuschüsse des Reiches für die Volksschulen und besonders zur Entlastung der Städte sind notwendig, die im Gegensatz zum laichen Lande heute außerordentlich viel für Kulturaufgaben auszugeben haben. Keine einzige ländliche Gemeinde erhebt heute einen Steuerzuschlag von 100 Proz., während die Städte angestrengt darauf bedacht sind, diesen Zuschlag nicht zu überschreiten, weil sie sonst der Ueberwadung seitens der Regierung unterliegen. Im Osten hat ja der preussische Staat erhebliche Zuwendungen für das Volksschulwesen gemacht. Ist es doch soweit gekommen, daß die Ueberweisungen des Staates die Aufwendungen, welche die Agrarier für die Gutsbezirke für die gleichen Zwecke aufzubringen haben, übersteigen. Aber der Osten allein kann für uns doch nicht maßgebend sein. Im übrigen Deutschen Reich aber leiden die Städte schwer unter den Lasten für Kulturzwecke.

Frankreich hat seit dem Reize von 1870/71 die Verhältnisse auf dem Gebiete seines Volksschulwesens völlig nachgeholt und heute das deutsche Volksschulwesen schon weit überflügelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wassermann schüttelt den Kopf. Ich spreche aber hier auf Grund von durchaus objektiven Urteilen deutscher Volksschullehrer, die Frankreich besucht haben. Es zeigt sich hier wieder, daß für ein Volk eine Niederlage besser sein kann als ein Sieg. Was Jena für Preußen, Sadowa für Oesterreich war, das ist Sedan für Frankreich geworden.

Deutschland hatte 1899 in runder Summe 59 300 Volksschulen, in denen 8 000 000 Kinder unterrichtet wurden. Die gesamten Kosten für das Schulwesen beliefen sich auf 341 700 000 M., von denen die gesamten deutschen Staaten nur 10 Millionen aufbrachten. Die Ausgaben für Militär und Marine, der Personetat des Reiches machen aber zusammen 1018 Millionen Mark aus. Demgegenüber bedeuten die 99 Millionen für das Volksschulwesen ungenügend wenig. In den Volksschulen kommt durchschnittlich auf je 63 Schüler ein Lehrer, in den höheren Schulen auf 17 Schüler ein Lehrer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bei den bestehenden Einrichtungen gar nicht möglich, den Volksschulkindern das Maß von Bildung, das unbedingt verlangt werden muß, zukommen zu lassen. Dabei besteht gerade in den unteren Volksschichten ein außerordentliches Bildungsbedürfnis. Viele Arbeiter wenden die größten Opfer auf, um ihren Kindern ein möglichst hohes Maß von Bildung zu gewähren. Die öffentlichen Bibliotheken, die Bildungsvereine und die sogenannten öffentlichen Universitäten in den großen Städten erfreuen sich eines immer gesteigerten Zuspruchs. Die Befähigung für die höhere Bildung ist ja nicht von der sozialen Position des Einzelnen abhängig. Trotzdem fehlt es im Volksschulwesen des Deutschen Reiches an allem, was notwendig ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zunächst müßte für zahlreichere und bessere Schulhäuser gesorgt werden. Viele Schulhäuser, besonders auf dem Lande, befinden sich in dem traurigsten Zustande. In erster Linie gilt das vom Osten Deutschlands. Wir hätten ja

auch dies in unserm Antrage berücksichtigen können, dann aber hätten die 100 Millionen nicht gereicht. Außerdem wollten wir auch den Einzelstaaten etwas zu thun übrig lassen. In einer ländlichen Volksschule, die sehr baufällig, mit Straß gedeckt war und einen hölzernen Schornstein hatte, entstand ein Brand; Lehrer und Kinder konnten sich mit Mühe retten, die Lehrersfrau aber verbrannte. In einem Kirchdorf war die zweiklassige Schule sechs Jahre lang wegen Baufälligkeit geschlossen. (Hört! hört!) Eine andere einklassige Schule ist vor fünf Jahren abgebrochen worden, ohne daß bis jetzt ein Neubau projektiert wäre. Wenn Katern, Pferdehülle oder Artilleriedepots abbrechen, werden in dem nächsten Etat für einen Neubau sofort so und so viel Hunderttausende eingestellt und vom Reichstag bewilligt. Für den Neubau von Schulhäusern aber sind keine Mittel vorhanden. Und dabei spricht man von einem Kulturstaat! Wenn der Kultusminister derartige Zustände in seinem Ressort herrschen! Nach dem „Deutschen Reichs-Anzeiger“ wurden die preussischen Volksschulen 1896 von 5300 000 Kindern besucht. Davon waren nicht weniger als 1 400 000 Kinder, d. h. 27 Proz., in überfüllten Schulen. In Preußen gibt eine Schule als überfüllt, in der mehr als 70 Kinder auf einen Lehrer kommen. In vielen Fällen entfallen aber auf einen Lehrer 100 bis 200 Kinder! In Holland kommen nach dem Gesetz in maxima 48 Schüler auf einen Lehrer, in Norwegen höchstens 40 Schüler. Bei uns dagegen ist wie gesagt die Ueberfüllung der Schulen geradezu ungeheuerlich. Nach einer offiziellen Zusammenstellung über die öffentlichen katholischen Volksschulen Schließend kamen in 51,6 Proz. derselben mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 7 Schulen davon 171—200 Kinder auf einen Lehrer, in einer Schule 209 Kinder auf einen Lehrer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der Kulturstaat Preußen! Für 5 Volksschulen, in denen auf 1 Lehrer 162 Schüler kommen, in der preussische Pilsener Schulpatron. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der königliche Hof hat auf einem seiner Güter in Schlesien eine Schule, in der 168 Schüler von einem Lehrer unterrichtet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weitere Schulpatronen, in deren Gebiet eine derartige Ueberfüllung der Lehrer zu verzeichnen ist, sind zum Beispiel Graf Hensel von Donnerstern, Fürst von Pleh, Gräfin Frankenberg, Herzog von Ratibor, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, Mitglied des Herrenhauses, Herzog von Ujest. In einem Fall ist der preussische Bergwerks- Patron einer Schule, in der 366 Schüler auf zwei Lehrer kommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sämlich und Schande über derartige Zustände! Dazu kommt, daß für den Sommer fast allgemein die Halbtagsschulen eingeführt sind, und daß die Sommer- und Herbstferien erheblich verlängert werden, damit die Kinder in der Landwirtschaft um so mehr ausgebildet werden können. Diese Klasse, die hier die Grundlage des modernen Kulturstaates in der schmählichsten Weise vernachlässigt, ist es zugleich, die die Riesenposten von dem neuen Vorkurs hat. (Sehr richtig! links.) Verhältnisse bestehen in Paderborn, in einer Gegend, wo die Landwirtschaft nicht nulleidet, sondern die wohlhabendste Bauernschaft lebt. Dort kamen im Jahre 1901 in 210 Schulen auf einen Lehrer 90 bis 153 Schüler. Auch im übrigen Deutschland sieht es traurig genug aus. 1897 schrieb mir ein ländlicher Arbeiter aus der Gegend von Heilbronn bei Gelegenheit der Flottenvorlage: sie möchten gern auf ein Kriegsschiff verzichten, wenn ihnen nur die nötigen Mittel für ihre Söhne zur Verwendung gestellt würden. In seiner Heimat würden 827 Schüler von 7 Lehrern unterrichtet, also durchschnittlich kamen auf einen Lehrer 118 Schüler. Wie das Bildungsniveau aussehend wird, kann man sich denken. Man täht bei uns immer, daß Deutschland so wenig Analphabeten habe. Wenn man aber von den Volksschülern verlangen würde, einen Satz von zehn Worten richtig zu schreiben, so würde die Zahl derer, die das nicht können, kolossal steigen. So viel fehlt felsenfest: Wir können ohne weiteres auch 10 000 Lehrer einstellen, ohne daß einer zu viel da wäre. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Schullehrer von allen Beamten am meisten vernachlässigt werden, während sie doch vom Kulturstandpunkt aus die wichtigste Klasse der Beamten sind. Die Zahl der jungen Leute, die sich diesen Beruf wählen, nimmt daher auch von Jahr zu Jahr ab. Es herrscht vielfach geradezu ein Mangel an Volksschullehrern. Nach der „Bayer. Lehrzeitg.“ ist der Besuch der Lehrerseminare in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Wir fordern in unserm Antrage auch Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Wie der Staat den Mann, den er auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht in die Katernen ruft, selbstverständlich besoldet und erhält, so muß er auch bei der allgemeinen Schulpflicht den Schülern die Lehrmittel unentgeltlich stellen. Als ich früher im sächsischen Landtage einmal einen solchen Antrag stellte, sagte ein konservativer Schulmann, er protestiere im Namen der Armen gegen die Aufhebung des Schulgeldes, die sich die Pflicht, ihren Kindern die geistige Nahrung zu geben, von niemand abnehmen lassen wollten. „Nehmen Sie nicht an dieser stillen Waise“, sagte er, „denn es liegt ein Segen darin.“ Wenn die Gemeinden den Einfluß der Lehrmittel im großen übernehmen, so werden sich z. B. in Leipzig, wo jetzt jedes Schulkind durchschnittlich 7—8 M. ausgeben muß, diese Kosten auf 3,94 M. pro Kind verringern. Selbst wenn die Gemeinden die Lehrmittel an die Kinder zum Selbstkostenpreis abgeben wollten, würden die Eltern mehr als 50 Proz. der jetzigen Ausgaben ersparen können.

Wir wollen, daß das Gemeinwesen dem Einzelnen die Zuführung der Kulturmittel, die er im Kampf ums Dasein braucht, nach Möglichkeit erleichtert. Wie traurig heute die Schulverhältnisse liegen, beweist z. B. ein in der „Preussischen Lehrzeitg.“ veröffentlichter Brief eines Lehrers, der aus Oberschlesien nach Mecklenburg kam. Darin heißt es: „Was sind das für traurige Schulen! Die kleinste polnische Dorfchule in dem vielverrufenen Oberfähle ist gegen die hiesigen Schulen die reine Hundgrube und Pfanzhülle der tiefsten Unwissenheit.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade den Herren Agrariern, die der Staatskasse am nächsten stehen, ist die Volksbildung vielfach geradezu verhasst. Einer dieser Herren äußerte: „Es ist genug, wenn die Kinder etwas Lesen und Schreiben, Rechnen und Religion lernen, alles Uebrige ist Unfimt.“ Ein anderer Vertreter der Nation sagte zu einem Lehrer: „Sorgen Sie mir dafür, daß die Kinder keine Vogelneker ausnehmen, weiter verlange ich nichts.“ (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ein ländlicher Schulpatron äußerte sich seinem Lehrer gegenüber: „Mir ist den Teufel etwas daran gelegen, daß die Kinder etwas lernen, je weniger, desto besser. Die Schulbildung ist die Ursache unserer ganzen sozialen Uebel.“ Selbst ein Mann wie Peter Reichensperger meinte 1890, daß Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen für die ländlichen Arbeiter genüge. Die „Hamburger Nachrichten“ schrieb 1892, daß ein Uebermaß von Volksbildung den Angehörigen des Arbeiterstandes Unzufriedenheit einflöße, sie der Sozialdemokratie zuführe und Gefahren heraufbeschwöre, die dem Fortbestand der Staatsordnung verhängnisvoll werden könnten. Eine solche Staats- und Gesellschaftsordnung, die durch die Bildung der unteren Massen gefährdet werden kann. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In den „Grenzboten“ schrieb 1893 ein Menschenfreund und Patriot, die Volksschule sei mitschuldig an dem Entstehen religionsloser Irreligion und der Sozialdemokratie. Er sei bereit, auf den Schulzwang, diese viel gepriesene Errungenschaft eines falschen Liberalismus, Verzicht zu leisten. In den verschiedensten Kreisen wird also direkt der geistigen Verschmäl-

heit der Massen das Wort geredet. Wie selbst hohe Staatsbeamte über die Volksbildung denken, hat der Traktatener Prolog gezeigt. Der Landstallmeister von Dettlingen äußerte gegenüber dem Lehrer Jopples, der um neue Lehrmittel bat: „Dafür giebt's kein Geld, die Kinder lernen so schon zu viel.“ Zu einem andren Lehrer äußerte er: vor den Schulräumen hätten die Pferdehülle den Vorkurs. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Also den Kindern werden die Pferde vorgezogen! Das ist die Auffassung eines hohen preussischen Staatsbeamten! In der Schweiz gilt es als selbstverständlich, daß die Schulhäuser an der schönsten, freiesten Stelle eines Ortes stehen! Vor 150 Jahren schrieb ein preussischer Adliger, ein Herr von Rosow, in einem Berle über das Schulwesen, es jammere ihn des ländlichen Volkes, das in Unwissenheit der nötigsten Kenntnisse der ländlichen Jugend und fordert, daß alle Menschen ohne Unterschied des Standes verständig werden sollten. Besonders verlangt er, daß die Kinder nicht durch Heranziehung zu ländlicher Arbeit von ihren Eltern oder Herren am Schulbesuch gehindert werden dürften. Heute, nach 160 Jahren, erfüllt noch einmal der neue Kinderbeschäftigungsgesetzentwurf diese Forderung des Herrn von Rosow! Die Landwirtschaft selbst hat das größte Interesse an der Bildung der Kinder und an intelligenten Arbeitern, die allein einen technisch und wissenschaftlich fortgeschrittenen Betrieb ermöglichen. Ohne solche Arbeiter können alle Hölle der Welt auf die Dauer den Untergang der Landwirtschaft nicht aufhalten. Bei den nächsten Wahlen werden wir seitens der bürgerlichen Parteien gewiß wieder als Feinde der staatlichen Ordnung und Kultur gebrandmarkt werden. In Wahrheit sind wir die eigentlichen Förderer der Kultur. Wollen auch Sie (nach rechts) einmal als Kulturfreunde erscheinen statt als Ausbeuter und Volksbedrücker, so stimmen Sie unserm Antrage zu! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gyarinski (Pole): Aus den polnischen Volksschulen ist die Volkssprache der Kinder verboten. Was nützen da die prächtigsten Paläste, die beste Besoldung der Lehrer! Eine solche Ausrottung der Muttersprache aus der Schule findet man in ganz Europa nicht wieder! Die Volksschulen in den polnischen Landesteilen sind heute nichts mehr als papageimäßige Abrihtungsanstalten für Kinder! —

Vizepräsident Graf Stolberg-Bernigerode: Dieser Ausdruck ist unzulässig. Ueberhaupt möchte ich den Redner darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag sich nur auf die materiellen Verhältnisse der Volksschulen bezieht. Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über den Antrag Bebel ist auf Antrag Singer eine namentliche. Es stimmen mit „Ja“ 9 Abgeordnete, mit „Nein“ 162, 7 Abgeordnete enthalten sich der Stimme; demnach beträgt die Präsenziffer 178, das Haus ist also nicht beschlußfähig. Graf Valleström beantragt die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 3 1/2 Uhr.

Der Mannheimer Gewerbegerichts-Proporz.

In Ergänzung der Mitteilungen, die ich dem „Vorwärts“ vor einiger Zeit über das neue, auf der Grundlage der Proportionalvertretung aufgebaute Mannheimer Oribstatut, betreffend die Wahlen zum Gewerbegericht, gemacht habe, will ich es in folgenden versuchen, den Verlauf der Feststellung des Wahlerfolgs und der rechnerischen Verteilung der Mandate zu schildern, wie ihn die Praxis der am 14. d. M. zum erstmaligen nach dem neuen System vorgenommenen Wahlen ergeben hat.

Wie seiner Zeit bereits erwähnt, müssen diejenigen Wählergruppen (Parteien, Berufsorganisationen usw.), die sich mit eignen Vorschlagslisten an der Wahl beteiligen wollen, diese spätestens 14 Tage vor dem Wahltermin beim Vorsitzenden des Gewerbegerichts einreichen. Diese Listen müssen in einer Aufzählung über dem Verzeichnis der Kandidaten genau diejenige Wählergruppe bezeichnen, von der sie ausgehen, und für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesondert aufgestellt sein. An der diesmaligen Wahl beteiligten sich nun seitens der Arbeitnehmer die Vereinigung der freien Gewerkschaften (das Gewerkschaftsamt), dessen Wahlvorschlagn wir im folgenden mit GK bezeichnen wollen) und die vereinigten christlichen und Hiesig-Dunckerischen Gewerbevereine und Eisenbahner (CHE). Es waren 33 Arbeitnehmer zu wählen, jede der einzelnen eingereichten Listen mußte also so viele Namen enthalten.

Seitens der Arbeitgeber lagen drei Listen vor, eingereicht vom Gewerbeverein, dem Gewerkschaftsamt und dem Arbeiterverein; auch hier waren, da die Vertreter des Gewerbegerichts bekanntlich zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu bestehen haben, 33 Kandidaten zu wählen. Diese fünf Listen wurden bestimmungsgemäß vor dem Wahltermin viermal in den Tagesblättern bekannt gegeben und auf dem Rathaus zur Einsicht der Wähler offen gelegt.

Die Abstimmung erfolgte mittels gedruckter Zettel, die, von den einzelnen Gruppen ausgegeben, in der Ueberfahrt die Bezeichnung „Vorschlagsliste des Gewerkschaftsamt“ usw. enthielten, woran dann das Verzeichnis der Kandidaten sich anfügte. Diese Zettel waren vom Wähler in einen von der Stadtgemeinde zu stellenden Umschlagn zu legen, und zwar hatte dies in der sogenannten Dunkelstimmer zu geschehen, wie sie bei den Wahlmännern Wahlen zum badischen Landtag seit einigen Jahren schon mit bestem Erfolge zur Anwendung gekommen ist. Dem letzte der Wähler das Couvert durch die Hand des Vorsitzenden der Wahlkommission in die Urne.

Die Feststellung des Wahlergebnisses nahm nun folgenden Verlauf: Jeder Stimmzettel wurde für diejenige Vorschlagsliste gezählt, deren Aufschrift er trug, ohne Rücksicht auf etwaige Streichungen oder Verschiebungen innerhalb der Kandidatenliste. So ergaben sich bei den Arbeitnehmern für GK 3012, für CHE 884 Stimmen, es waren also insgesamt 3896 gültige Stimmen abgegeben worden (Couverts mit nicht angemeldeten Vorschlägen oder mehreren Zetteln sind unzulässig). Durch einfache Division der Zahl 33 in die Gesamt-Stimmenzahl 3896 ergab sich nun die Grundzahl, nach der die 33 zu vergebenden Arbeitnehmer-Mandate unter die beiden Gruppen GK und CHE zu verteilen waren; sie betrug 118 (mit dem kleinen Rest 2). Jeder Gruppe wurden nun so viele Mandate zugewiesen, als die Grundzahl 118 in die Zahl der auf ihre Liste entfallenen Stimmen teilbar ist. GK erhielt vorläufig also (3012 : 118 =) 25 Mandate (Restzahl 62), CHE (884 : 118 =) 7 Mandate (Restzahl 68). Da nun aber noch ein Mandat übrig war, so erhielt GK daselbe zugesprochen, da es die höhere Restzahl aufzuweisen hatte (62 gegen 68 von CHE). Wären diese Restzahlen zufällig gleich gewesen, so hätte das vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts zu gleichende Los entscheiden müssen. Der Vorschlag GK hatte also endgültig 26, CHE 7 Mandate.

Nachdem so die Zahl der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Sitze in der Klasse der Arbeitnehmer festgestellt war, galt es die Frage zu erörtern, welche Namen innerhalb der einzelnen Listen als gewählt zu betrachten sind. In diesem Zweck wurde zunächst ermittelt, wie viel Stimmen unter Berücksichtigung aller abgegebenen Stimmzettel, also auch der gegenwärtigen, auf die einzelnen Personen entfallen waren. Als gewählt wurden dann erklärt auf der Liste GK diejenigen 26, auf der Liste CHE diejenigen 7 Mann, die die höchsten Stimmzahlen erhalten hatten. Da insbesondere auf der Liste GK nur sehr wenige Streichungen und Verschiebungen in der Reihenfolge der Namen vorgenommen worden waren, hing die Wahl der Richtwahl der einzelnen Personen innerhalb derselben von nur äußerst geringen Differenzen in den Stimmzahlen ab. Heißer gestaltete sich die Sache bei den vereinigten Gegnern des Gewerkschaftsamt, von denen

nur ein starkes Fünftel (7 von 33) überhaupt als gewählt in Frage kam, an dem nun die sämtlichen drei beteiligten Organisationen (Christliche, Hirsch-Dundersche, Eisenbahner) geredet hätten Anteil haben sollen. Es lag also die Gefahr vor, daß die eine oder die andere der letzteren entweder einen unverhältnismäßig starken Anteil an dem gemeinschaftlichen Gewinn bekam oder völlig leer ausging. Die Praxis zeigte, daß in solchen Fällen eine Garantie für die gerechte Verteilung der Mandate unter die einzelnen Gruppen der Koalition innerhalb der gemeinsamen Liste auch dadurch nicht gegeben ist, daß bei der Reihenfolge der Namen auf der letzteren alle drei Teile möglichst gleichmäßig berücksichtigt werden.

Wäre bei der oben geschilderten Feststellung der innerhalb der einzelnen Vorschlagslisten Gewählten der Fall eingetreten, daß als letzter der Durchgekommenen zwei Namen mit gleichen Stimmengahlen in Betracht gekommen wären, so hätte die Reihenfolge derselben auf der Vorschlagsliste den Ausschlag gegeben. Hätte sich der Name eines Gewählten auf beiden Vorschlagslisten befunden, so wäre er auf derjenigen als gewählt betrachtet worden, in der die meisten

Stimmen für ihn abgegeben worden waren. Bei Stimmengleichheit beiderseits hätte wieder das Los entscheiden müssen. In ähnlicher Weise vollzog sich die Verteilung der Mandate und die Feststellung der Gewählten in der Klasse der Arbeitgeber, in der dem Gewerbe- und Fabrikantenverein mit 449 Stimmen 25, dem Gewerkschaftsverband mit 103 Stimmen 6 und dem Arbeiterverein mit 35 Stimmen 2 Mandate zufielen. Auch hier erwies sich die Bestimmungen des neuen Wahlstatuts als praktisch und ausreichend, das Verfahren an sich als ziemlich einfach und nicht allzu sehr zeitraubend. Montagabend 9 Uhr wurde die Wahl geschlossen, Dienstagvormittag konnten die Tagesblätter bereits die rohen Stimmenergebnisse veröffentlichen, die sofort in einem nähernden Bild von der Verteilung der Mandate gaben, und Mittwochabend war die gesamte Zähl- und Rechenarbeit der Wahlkommission beendet und das Ergebnis in allen Details amtlich festgestellt.

Abgesehen von der durchaus gerechten Verteilung der Mandate, die auch die sonst total majorisierten Minderheiten zur Geltung kommen läßt (im vorliegenden Falle wären die 884 Stimmen der

CHE-Liste nach dem früheren Mehrheitsystem ohne jede Vertretung geblieben), hat das jetzt in Mannheim für Deutschland zum erstenmale praktisch erprobte System der proportionalen Vertretung auch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß Nachwahlen infolge von Tod oder Wegzug einzelner Gewählter vollständig überflüssig werden. In einem solchen Falle gilt einfach derjenige als Ergänzung, der auf der Vorschlagsliste des Ausschiedenen der Stimmengahl nach diesem zunächst folgte. Der Sitz verbleibt also auf alle Fälle der Gruppe, die ihn von Anfang an besetzt hatte. Die Zusammensetzung der Körperschaft erleidet bei Nachwahlen nur hinsichtlich der Personen, nicht aber im Stärkeverhältnis der einzelnen Vorschlags- und Wählergruppen eine Veränderung.

Das neue Verfahren hat sich — dahin seien die vorstehenden Ausführungen resumiert — bei seiner erstmaligen praktischen Erprobung durchaus bewährt und auch die Wähler fanden sich in den neuen Verhältnissen der Wahltechnik alsbald zurecht. Das System der Proportionalwahl kann also, vorläufig für die Gewerbegebiete wenigstens, ohne Bedenken empfohlen werden. O. G.

Theater.
Dienstag, 25. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Spernhaus. Feuerstra. — Adette. Schauspielhaus. König Laurin. Deutsches. Roma Palma. Berliner. Das Mädchen von Hellbronn.

Central. Madame Sherry. Kessing. Der Hecolone. Neues. Der Gemeine. Weidenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier).

Schiller. O. (Wallner-Theater). Der Pfarrer von Kirchfeld. Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Der Biberpelz.

Belle-Alliance-Theater. Anno 48. Wilhelm. Preciosa. Carl Weiss. Die Römer. Luise. Ballenweins Tod. Casino. Ein Sohn des Volkes. Metropol. Berlin bleibt Berlin. Apollo. Rastis Hochzeit.

Buntes Theater. Arbeiterfeiertag. Monsieur Baden. Ubergäubisch. Kleines. Rausch. Palast. Goldene Jugend. Spezialitäten.

Trianon. Die Liebeshäuel. Wintergarten. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Steidl. Spezialitäten. Reichshallen. Eitlinger Säng. Urania. Landenhr. 48/49.

Thalia. Charleys Tante. Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.

Luisen-Theater. Weidenbergstraße 34. Anfang 8 Uhr. Borchert. 10—2 Kasse. Invaliden-, Künstlerbank u. Warenhäuser R. Weidenz.

Waffensteins Tod. Anfang 8 Uhr. Borchert. 10—2 Kasse. Invaliden-, Künstlerbank u. Warenhäuser R. Weidenz.

Die Räuber. Freitag: Ganter. Sonnabend: Ganter. Sonntag: Ganter. Preise: Schüler - Vorstellung: Theliso. 8 Uhr: Der Stadt-Trompeter.

Die Liebeshaudel. Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr. Sonntag: Ganter.

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke 3. Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. 5 Künstler - 5 Kapellen. Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
„Die Metalle der Erde.“

Sternwarte.
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

CASTANS Panoptikum.
Friedrichstrasse 165.
Nou! das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! — Neben der weissen d. schwarze Schwester: Beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 8, Ende 11 Uhr. Letzte Woche sensationellen November-Program.

Georg Kaiser.
vom Apollo-Theater in Berlin in seinem Repertoire.

Agoston, der „Witwe“-König.
Der Todessprung des Hundes. 14 erstklassige Nummern.

Wilhelm-Theater.
Friedrich-Strasse 236.
Preciosa.

Stadt-Theater.
Alt-Moabit 47—49.
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Metropol-Theater.
Letzte Woche!
Berlin bleibt Berlin.

Buntes Theater.
(Ueberrrett!)
Arbeiterfeiertag. — Monsieur Baden. — Ubergäubisch. — Bunter Zell: Leitung: Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Narcell Salzer. Hans Frody. — Charlotte Marga. — Emil Justitz.

Cirkus Busch.
Dienstag, den 25. November 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Parade - Exercieren des Amazonen-Corps.

Sanssouci.
Donnerstag, Sonntag, Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Säng. Dienstag, zum 1. Male: Das Jubiläum.

Residenz-Theater.
Dienstag und folgende Tage:
Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier.)

Kleines Theater.
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Rausch.

Belle-Alliance-Theater.
Münchener Ensemble - Gastspiel
Anno 48. Konrad Dreher als Galt.

Apollo-Theater.
Von 8—9 Uhr: Spezialitäten. Um 9 Uhr: Zum 18. Male: Mit kolossalstem Erfolge:

Nakiri's Hochzeit.
Eperette in 2 Akten von P. Lincke. Im zweiten Bilde (um 10 1/2 Uhr): Der sensationelle Spiegeltrick.

Palast-Theater.
Direktion: R. Winkler. Burgstr. 22. 8 1/2 Uhr: Riesenerfolg. 9 1/2 Uhr: Goldene Jugend.

Casino-Theater.
Lohninger-Strasse 37.
8 Uhr: Chambre garnie. 8 1/2 Uhr: Die Brill. Spezialitäten.

Cirkus Schumann.
Dienstag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Parade-Gala-Vorstellung.

Monstre-Dressuren.
Ausserdem:
Das Riesen-Programm.

Gratweils Bierhallen.
Theater u. Variété
Kommendantenstrasse 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.

Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich: Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Sonntag 8. Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Achtung! Buchbinder und verwandte Berufsgenossen!
Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, in dem Lokal von Buggenhagen, Crantenstr. 117 (Nördlichpl.):

Große öffentliche Versammlung
aller in Buchbindereien, Contobnd., Etuis-, Leder-galanteriewaren-, Album-, Luxuspapier- u. Kartonsfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

1. „Arifen und die Aufgaben der Gewerkschaften.“
Referent: Reichstags-Abgeordneter A. v. Elm.

2. Verschiedenes.
Wir erwarten das vollständige Erscheinen aller Berufsangehörigen. Die Vertrauenspersonen sämtlicher Branchen.

Wintergarten.
Letzte Woche
des mit so grossem Beifall aufgenommenen

November-Programms.

Steidl-Theater.
Dramatisches Theater an der Friedrichstr. Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Steidl-Sänger.
Täglich wechselndes Programm. Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:
Tanzkränzchen.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Kommals
oder: Ein alter Geiger.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säng. Anfang: Borchentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Logestalle 11-1 1/2 Uhr.

Bruch-Pollmann.
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.

Honig!
Bienenhonig, best. Qualität, per 10 Pfundbottle zu 7,00 R., 5 Pf. 4,30 R. franco. Garant. Rücknahme. Nordloh, Bahnhofstr. 11, E. Reil, Eichenstr., Eichenstr.

Sozialdemokrat. Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Südosten.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Wilhelm Siebert
Brangelstraße Nr. 100, am 21. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 25. November, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Brilg statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
234/4 Der Vorstand.

Central-Verband der Steinsetzer
(Pflasterer) u. Berufsgen. Deutsch. (Filiale Berlin I.)
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 21. d. Mts., ist das Mitglied, der Steinsetzer

H. Gutsche
gestorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolai-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
174/5 Der Vorstand.

Therese Kalmus, geb. Gille,
nach längerem Leiden verstorben ist.
W. Kalmus nebst Kindern, 6506 Grunowstr. 47.
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs, Parzstraße, aus statt.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, dem Gutmacher-Gesangverein „Einigkeit“ sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises sage ich hiermit für ihre Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gutmachers

August Krause
meinen herzlichsten Dank. [6385 Die trauernde Witwe Marie Krause.

Für die zahlreiche Beteiligung und reichlichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben und verehrtesten Sohnes Hermann Leissner sage ich allen unsern herzlichsten Dank.
Familie Leissner.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Franziska Pohl geb. Widom
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal der Firma Bruno Harms sowie den Mitgliedern des Anglervereins Havelbe nebst Frauen meinen herzlichsten Dank. 6568

Robert Pohl nebst Tochter.
Allen Verwandten und Bekannten, Kollegen und Kolleginnen sowie dem Lotterieverein „Rete“ sage ich für die zahlreiche Beteiligung und herrliche Kranzpende bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter unsern innigsten Dank.
A. Sommer und Tochter.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die reichen Kranzpenden beim Begräbnis meiner lieben guten Frau

Auguste Gnegler
sage ich hiermit allen, insbesondere den Gesangvereinen „Kreuzberger Harmonie“ und „Morgenrot“ und dem Sparverein „Bläse“ meinen tiefgefühltesten Dank.
Heinrich Gnegler.

Verein der Töpfer
Berlins und Umgegend.
Bei der Firma Otto Richter, Bau Himmelsburg, Sonntag, u. Bahnhofsstrassen-Gasse, haben die Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Wir ersuchen dieses zu beachten.
Der Vorstand.
6556

Musikwerke,
mit ausmachbaren Notenheften. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Verkaufspreise. Neue Königstr. 47, II Treppen, Alexanderplatz. [59992

Verfallene Pfänder zum Weisnachtsfest. Gold-, Brillanten, etc., jeder u. überne Uhren, Ketten, Ringe, Silber u. s. w. in spottb. verl. Pfand. Pringstr. 28 I, Ecke Ritterstr.

Blutarmen u. Kranken
ärztlich empfohlen.
in Apotheken, Drogerien und Delicatessengeschäften.
Santa Lucia hand. käuflich

Feurig-süßer Kraft-Rothwein.
Präpariert mit der goldenen Medaille.

Steppdecken
billigst in Fabrik Oranienstrasse 158.
Katalog Emil Lefevre, Berlin franco.

Krankenkassen-Mitglieder Berlins und der Vororte!

Wir weisen nochmals darauf hin, daß den Kassen nunmehr vier Apotheken zur Verfügung stehen, welche Kassenrezepte ohne Barzahlung anfertigen und 20 Proz. Rezepturabatt gewähren.

- Es sind dies die:
Prinzen-Apothek, N. Prinzen-Allee 69 (Höfenhagen),
Luifen-Apothek, N. Rügenstr. 21 (Brandes),
Apothek zum goldenen Adler, S. Alexandrinenstr. 41 (Bloch),
Pelikan-Apothek, W. Leipzigerstr. 93 (Liedke),
Sedan-Apothek, Schöneberg, Sedanstr. 3 (Dr. C. Wedel).

Weiter veröffentlichen wir im Folgenden die erweiterte Liste der

Rezept-Sammelstellen.

(Die durch Fettdruck hervorgehobenen Stellen sind neu hinzugelommen):

Berlin O. A. Collin, Spittelmarkt 15. Bernh. Wood, Alte Schützenstr. 12. P. Gaele Nachf. E. Ahmuh, Niedertwallstr. 28/29. Otto Arenschmar, Rosenhallerstr. 6/7. E. Kunzendorf, Rosenhallerstr. 42.

Berlin N. R. Ahnus, Gerichtstr. 10. E. Fischer, Lothringers-straße 26. B. Kapell, Brunnenstr. 118. Th. Knabe, Wörther-straße 19. A. Richter, Reinickendorferstr. 61. R. Sanffarth, Schönhäuser Allee 44a. P. Schulz, Müllerstr. 166a. E. Tribolet, Franzosistr. 10. L. P. Wamsle, Wörtherstr. 12. Bent. Chauffee-straße 7. A. Wohlgemuth, Kiderstr. 69. E. Spitzer, Straßburger-straße 29. P. Würsting, Javalidenstr. 128.

Berlin NO. E. Hennig, Marienburgerstr. 27. Theophli Cuade, Neue Königstr. 32. Kieckebusch, Landsberger Platz 1.

Berlin W. M. Eder, Culmb. 1. J. Ambos, Potsdamer-straße 96b. Winkler, Kursfürststr. 139.

Berlin NW. F. Kühne, Mi-Moabit 45.

Berlin S. R. Jahn, Dranienstr. 191. Ad. Neumann (Progash), Dranienstr. 45. G. Sasse (Polle), Prinzenstr. 92. W. Jippel, Brandenburgerstr. 16.

Berlin SO. G. H. Mittag, Adalbertstr. 87. Gustav Kohl, Kottbuserstr. 7. D. Bösch, Brangestr. 171. E. Finsterbusch (P. Habisch), Stalitzerstr. 63/64. Rudolf Höffers, Reichensberger-straße 55. M. Grünenthal, Wienerstr. 69. Rud. Höffers, Rantewitzstraße 92.

Berlin O. Herm. König, Rüdigerstr. 42. C. O. Medtlenburg (Schmidt), Andreasstr. 50. Otto Gottschalk, Krausstr. 55a.

Berlin SW. D. Alberts, Friesenstr. 24. G. Rettig, Belle-Alliancestr. 94. Weißbach u. Fischer, Belle-Alliancestr. 23. C. Schröder, Färberstr. 7.

Pankow. Buchmann, Mühlenstraße 17. Rosemann, Dreßme-straße 65.

Charlottenburg. Kassenlokal der Orts-Krankenkasse Charlotten- burg, Rosinenstr. 3. P. Habermann, Pestalozzistr. 28. D. Munter, Dandelmannstr. 2. Neumann Söhne, Berlinerstr. 103. A. Horisch, Berlinerstr. 66.

Rixdorf. P. Lemle, Kaiser Friedrichstr. 242. E. Jacobi Nach- folger, Richardstr. 117. Kassenlokal der Orts-Krankenkasse, Berg-straße 32.

Schöneberg. Kassenlokal der Orts-Krankenkasse Schöneberg, Hauptstr. 8. S. Hoge, Sedanstr. 82. D. Richter, Meditschstr. 52. P. Caspers, Raugenstr. 10. F. Rubens, Tempelhoferstr. 5.

Friedmann. Lorenz, Ufermacher, Rheinstr. 55.

Alle nicht eiligen Rezepte sollten diesen Sammelstellen über- wiesen werden. Die Kassenmitglieder erhalten dann ohne Ver- auslagung des Betrages die Arznei frei ins Haus geliefert; es bleiben ihnen also so die Abholung der Arznei und die vorläufige Vorauszahlung des Betrages erspart. Zugleich aber er- wäscht der Kasse — und damit doch auch den Kassenmitgliedern — ein Vorteil, da auch auf die dort abgegebenen Rezepte ein Rabatt von 20 Proz. gewährt wird.

Auch für die Deckung des Familienbedarfs können die Rezept- Sammelstellen benutzt werden.

Centralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Morgen, Mittwoch, findet in der Berliner Bodbrauerei, Tempelhofer Berg, keine Vollversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Staat und die herrschenden Klassen“. Genosse Reichstags-Abgeordneter August Bebel hat das Referat übernommen. Um recht zahlreichen Besuch ersuchen Die Vertrauensleute.

Vierter Wahlkreis (Südost). Heute, Dienstagabend 8 Uhr, findet im Lokal Sandhous, Kottbuserstr. 4a, eine Vollversammlung statt, in der Genosse Ed. Bernstein über „Wandlungen in der Anschauung des Socialismus“ referieren wird. Um zahlreichen Besuch ersuchen Die Vertrauensleute.

In Nieder-Schönhausen findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Sette- lora, Lindenstr. 1, eine Versammlung statt, in der Genosse Bartels einen Vortrag hält und außerdem Wahlen vorgenommen werden.

Schmargendorf. Die heutige Mitgliederversammlung des Wahl- bereins fällt aus. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Wirtschaftshaus Schmargendorf eine öffentliche Protest- versammlung mit Frauen gegen die Zollpolitik statt. Das Referat hält der Reichstags- Abgeordnete Genosse Fritz Jubeil.

Lokales.

Eine neue Anleihe der Stadt Berlin

soß, wie wir bereits mitteilten, den finanziellen Nöten abhelfen, in denen sich unsere Kommunalverwaltung befindet. Die Anleihe von 1898 im Betrage von 60 Millionen Mark ist zur Zeit bis auf einen geringen Rest verpfändet und verwendet. Sie sollte die voraussicht- lichen Bedürfnisse bis Ende des Etatsjahres 1902 decken und war namentlich bestimmt für den Ausbau der Kanalisationswerke, der Gaswerke, der Wasserwerke, des Vieh- und Schlachthofes, für Brückenbauten usw. Die Aufnahme einer weiteren Anleihe zur Fortführung resp. Vollendung der betr. Aufgaben der Stadt wurde damals vorbehalten. Inzwischen sind noch verschiedene neue Auf- gaben hinzugelommen, so daß der Magistrat nunmehr eine Anleihe von nicht weniger als 228 Millionen Mark aufnehmen will. Den Stadtvorordneten ist jetzt eine Vorlage hierüber zugegangen, mit der sie sich in ihrer nächsten Sitzung zu beschäftigen haben werden.

Von den Mitteln dieser neuen Anleihe soll etwas über die Hälfte für die städtischen Werke, das übrige für die Zwecke der eigentlichen Kammerei verwendet werden. Für die Gaswerke werden allein 62 1/2 Millionen verlangt, für die Fortführung der Kanalisation (XI. Abflusssystem) 30 1/2 Millionen, für die Wasserwerke 12 1/2 Millionen, für den Vieh- und Schlachthof ziemlich 4 Millionen usw. Auch für die Fortsetzung des Baues von Markthallen sind 15 Millionen ange- setzt. Gegen 10 Millionen werden gefordert, um jetzt die von der Stadt angekauften Aktien der Siemens u. Halske-Straßen- bahnen zu bezahlen, deren Kaufpreis vorläufig die Sparkasse ausgelegt hat. Unter den Ausgaben für Kanalarbeiten sind be- sonders zu nennen: 36 Millionen für Verdräuerungen und Durch- legungen von Straßen (ein fetter Witten für die interessierten Haus- besitzer!), 6 1/2 Millionen für Brücken, 8 1/2 Millionen für das vierte

Krankenhaus (Seefstraße), 10 Millionen für ein 5. Krankenhaus, und 1 1/2 Millionen für ein neues Kinder-Krankenhaus (im Treptow oder am Plänterwald), 6 Millionen für eine neue Stieghausanstalt, über 7 Millionen für die dritte Irrenanstalt (Wuch), ziemlich elf Millionen für eine 4. Irrenanstalt, gegen 6 1/2 Millionen für eine neue Idiotenanstalt, rund 6 Millionen für das 2. Rathhaus, 3 1/2 Millionen für die Verlegung von drei höheren Lehranstalten (Friedrich-Werdersches Gymnasium, Friedrich-Realschule, Andreas- Realschule), 2 Millionen für zwei höhere Mädchenschulen (Norden und Südwesten), 1/4 Million für die geplante technische Mittels- schule usw. Für das Nordpark-Projekt, das eine Zeit lang schon als aufgegeben galt, sind 2 1/2 Millionen angesetzt.

Das Bouquet, das der Magistrat hier zusammengestellt hat, präsentiert sich recht stattlich. Erklärend wird in der Vorlage ausge- führt, daß die Befriedigung der vorerwähnten außerordent- lichen Kammerei- Bedürfnisse, die in einem Zeit- raum von wenigen Jahren erfolgen müsse, nicht mehr auf die laufenden Einnahmen des Stadthaushalts- Etats verwiesen werden könne, wenn man eine Ueber- anspannung der Steuerkraft vermeiden wolle. Unter den genannten Bauten usw. befinden sich freilich mehrere, die eigentlich längst ausgeführt sein müßten, wenn man dem Bedürfnis rechtzeitig hätte genügen wollen. Das ist nicht geschehen — da drängt sich nun alles zusammen! Natürlich wäre auch der Pump- im großen, den die Stadt jetzt anlegen muß, schon viel früher ge- kommen, wenn man sich nicht so lange nur mit dem Aller- notwendigsten durchgezwängt hätte. Uebrigens sollte man auch einmal den Mangel an Gemeindefschulen durch Bereitstellung von Anleihemitteln, die eine außergewöhnliche Vermehrung der Schulen ermöglichen, wirksamer als bisher abzuwehren versuchen.

Die Anleihe soll in zwei Serien zerlegt werden, zu 128 Millionen und zu 100 Millionen. Die Tilgung soll beghnen bei Serie I am 1. April 1908, bei Serie II im Jahre nach ihrer Begebung, vielleicht erst am 1. Januar 1910. Der Zinsfuß soll auf 8 1/2 Proz., die Tilgungsquote auf 2 Proz. festgelegt werden.

Die Stadtvorordneten-Versammlung wird voraussichtlich die Vorlage zunächst einem Ausschuß überweisen, der sie noch näher zu prüfen haben wird. Geplant darf man darauf sein, wie sich die Regierung, deren Genehmigung eingeholt werden muß, zu dieser Anleihe stellen wird.

Arbeiter-Konzert.

In einem vortrefflichen Artikel, der in der von Otto Rasche-Berlin herausgegebenen „Liedergemeinschaft“ veröffentlicht wird, verbreitet Dr. Hermann Dunder sich über den Charakter der Arbeiterfeste. Der Verfasser weist auf die Gefährdungen hin, denen sich Arbeitervereine vielfach schuldig gemacht haben, und nennt die Mittel, die geeignet sein können, hierin Wandel zu schaffen. Romische Vorträge auf einer Festsitzung sind Dinge, die sich jeder Gesangsverein, der an einem Arbeiterfeste mitzuwirken hat, verbitten sollte. Kein Verein, so sagt Herr Dunder mit Recht, sollte seine Teilnahme zusagen, wenn er nicht über das Festprogramm vorher orientiert wird, und man sollte sich für zu gut halten, ein feierlich erhebendes Lied zu Gehör zu bringen, wenn als nächste Nummer ein Komiker seine platten Witze reizt.

Zu den „reinen“ Konzert-Aufführungen übergehend, beklagt der Verfasser des Artikels die häufige Ueberlastung des Programms:

„Habe ich doch schon selbst dreifelhändige Darbietungen ausschließ- lich von Männerchören einmal gehört! Mit solcher Massenproduktion geht man aber weit über die Leistungsfähigkeit des — Publikums hinaus. Es giebt doch wahrlich hinreichend Solo-Lieder, die in das Programm verstreut werden könnten. Freilich begegnet man da als Einzeltvorträgen häufig genug trivialen Schmarren, und die männlichen Primadonnen vieler Vereine scheinen von Lieder- Kompositionen eines Schubert, Schumann, Franz, Lötze u. a. noch nicht einmal dem Namen nach etwas gehört zu haben. Da können die Chorleiter viel wirken, wenn sie diese Sängern an etwas edlere Liederquellen führen. Ueberlassen wir „das Lied, das meine Mutter sang“, und wie diese parfümierten Gassenhauer alle heißen, dem Variété, da haben sie neben der mehr oder weniger defektierten Note ihren besten Platz.“

Ein Fest, das sich völlig im Rahmen solcher nützlichen Auf- führungen hielt, veranstalteten die bekannten Gesangsvereine „Norddeutsche Schleiße“ und „Kreuzberger Har- monie“ Sonntagabend in der Brauerei Friedrichshain. Unter der Leitung ihres Dirigenten, Musikdirektor Veil, gaben diese beiden Liedertafeln ein Programm zum besten, das zwar in der Gesangsart nur aus drei Doppelvorträgen bestand, aber dafür von vornehmen, künstlerischen Gehalt war. Besonders befriedigend der Vortrag des Liedes „Waldfrieden“ von Schulz, des Chors der Gesangenen aus „Fidelio“ und Veitshobens herrlicher „Hymne an die Nacht.“ Unterstützt wurden die Konzertgeber von dem Berliner Tonkünstler-Orchester, das u. a. Liszt's „Ungarische Rhapsodie“, Gändels berühmtes „Largo“ und Mozarts Overtüre zu „Figaro“ vortrefflich zur Ausführung brachte. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Veranstalter von Arbeiterfesten an den von erstem Wollen zeugenden Verbindungen der beiden genannten Liedertafeln sich ein Beispiel nähmen. Bei gutem Willen kann auch das Proletariat wenigstens in großen Städten seine Feste so ge- stalten, daß die Bourgeoisie, was Würde und künstlerischen Wert be- trifft, wenig oder nichts vor ihnen voraus hat.

Zum Rücktritt des Polizeipräsidenten. Der wichtige Posten, auf dem der jetzige Polizeipräsident v. Windheim nach dem „Verl. Tagbl.“ nächstens hinaufrücken soll, ist der eines Ministers — des königlichen Hauses. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, so wird sie ohne Zweifel in der Bevölkerung mit einer gewissen Heiter- keit aufgenommen werden. Der mächtigste Mann Berlins — denn das ist der Polizeipräsident, soweit es auf äußere Machtverhältnisse an- kommt — verdrängt den Rest seiner Lage damit, die Angelegenheiten der königlichen Hofverwaltung zu besorgen, die Ceremonienmeister, den königlichen Haushof, das Heroldamt, sowie die Hof- kammer der königlichen Familiengüter zu beaufsichtigen und gemein- sam mit dem Oberstämmerer den einzelnen königlichen Hofverwal- tungen und den Angelegenheiten der Provinzialoberämter vorzustehen. Lauter Verrichtungen, die den Nerven am Ende gut thun mögen, von denen die Bevölkerung sich aber kaum einen Begriff machen kann, weil sie für den Gang des öffentlichen Lebens durchaus gleich- gültig sind. Als Nachfolger des Polizeipräsidenten wird der jetzige Landrat des Teltower Kreises, Herr v. Studenrauch genannt. Konservative Weltansicht behaupten allerdings, daß dieser Herr für einen andern höheren und wichtigeren Posten, der demnächst zur Erledigung kommen in Aussicht genommen sei. Herr v. Studenrauch fand, wie andre seinesgleichen auch, einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit darin, daß er die Arbeiterbewegung nach preußischem Rezept bekämpfte. Der bestimmter verbürgte Erfolg solches Wirkens traf ein: Seit langen Jahren gehört der Reichstags-Wahlkreis Teltow zu den sichersten des socialdemokratischen Wahlstandes.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Gassenputzungen wurde unter dem Vorsitz des Stadtrats Kamolau die sogenannte, alle Jahr wiederkehrende Bautenvorlage für den nächsten Etat ein- gehend beraten. Es handelt sich dabei um wesentlichen um Er- neuerungs- und Ergänzungsbauten, eine Erweiterung des Gas- röhrensystems u. Die Vorlage wurde angenommen und die Kosten- anschläge mit 1 800 000 M. vorbehaltlich der Zustimmung der Ge-

meindebehörden genehmigt. Ferner wurde der vorgeschlagenen Ver- besserung der öffentlichen Beleuchtung in der Hochmeister- und Oldenburgstraße zugestimmt.

Ein neues Kinder-Krankenhaus. Das Kaiser und Kaiserin Friedrich Krankenhaus im Norden von Berlin soll bedeutend er- weitert werden. Die Kosten sind mit 2 1/2 Millionen Mark veranschlagt und sollen auf drei Etats verteilt werden. Außerdem beabsichtigt der Magistrat noch ein städtisches Kinder-Krankenhaus in Treptow zu erbauen.

Die Wärmehallen sind seit gestern (Montag) morgen endlich geöffnet, jeden Tag von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Gefeiert wurden und fanden zunächst etwa 200 bis 300 Männer Einlaß; im Laufe des Tages stieg die Zahl auf etwa 1000. Außer Betrannten werden aus unerklärlichem Grunde auch junge Leute unter 20 Jahren nicht zugelassen. Das war auch früher schon so, jetzt wird aber zum erstenmal durch Anschläge im Innern der Halle ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht.

Den Inhabern von Arbeiter-Wochenkarten werden auf verschiedenen Bahnhaltungen immer noch unangenehme Scherereien bereitet. Ein Arbeiter aus Treptowdorf konnte dieser Tage eines Morgens wegen der Kälte nicht arbeiten und wollte vom Schlesischen Bahnhof aus mit dem 10 Uhr 15 Minuten vormittags abgehenden Zug wieder nach Hause fahren. Auf drei Stellen verweigerte man ihm jedoch den Durchgang mit der falschen Begründung, daß Wochenkarten erst von 12 Uhr ab Gültigkeit hätten. Auch der Stationsvorsteher wies den Arbeiter ab und dieser mußte zusehen, daß ihm der Zug vor der Nase wegfuhr. Erst im Bureau der Eisenbahnbetriebs-Inspektion, wohin der Fahrgast sich schließlich mit seiner Beschwerde wandte, bestätigte der Ober-Stationsvorsteher Reimann ihm zu spät, daß er mit jedem Vorortzuge hätte fahren dürfen. Soffentlich trägt die Veröffentlichung dieses Falles dazu bei, daß die Unterbeamten an- gewiesen werden, den Inhabern von Arbeiter-Wochenkarten hinfürst keine Unannehmlichkeiten mehr zu bereiten.

Staatsrettung im Polenkampf. Polizeilich verboten wurde die Aufführung des polnischen Theaterstückes „Der Stern Sibiriens“, das von Mitgliedern des polnisch-katholischen Gewerbevereins in Spandau dargestellt werden sollte. Das Verbot erfolgte aus principiellen Gründen; die Polizei erklärte nämlich, die Aufführung von polnischen Stücken von der Einreichung einer inor- digenturen Uebersetzung abhängig machen zu müssen. Da eine solche Uebersetzung nicht zu beschaffen war, wurde die Vorstellung verboten. Bisher haben derartige Aufführungen in polnischen Vereinen un- beanstandet stattgefunden.

In den letzten Tagen ist der „Vorwärts“ von Straßenhändlern als „Extra-Ausgabe“ zum Preise von 20 Pf. ausgerufen und verkauft worden. Wir legen Wert darauf zu betonen, daß der Verlag mit solchen Treibern nichts zu thun hat und selbstverständlich aus den gänzlich ungerechtfertigten Preis erhöhungen keinerlei Vorteil zieht.

Ein berüchtigter Streikbrecher hat Montagmorgen sich im Be- liebsten Teile Berlins in der Rolle eines Raubmörders ver- sucht. Das Bankgeschäft von Schwerdtfeger u. Co. im Centralhotel hat in dem Hause Friedrichstr. 99, gerade gegenüber der Uir des Bahnhofs Friedrichstraße, einen Laden, der besonders dem Bedürfnis der Reisenden dient. Es ist ein kleiner Laden mit einem schmalen Eingang, die Auslage enthält allerhand Wägen und Wertpapiere. Das Zweigeßelstück wird von dem 28 Jahre alten Bankbeamten Otto Salzweil verwaltet. Am Sonntagabend kam zu ihm ein junger Mann, verlangte einige Wägen, sprach über dieses und jenes, und hatte so Zeit, sich in dem Laden genau umzusehen. Sonntagmorgen um 8 1/2 Uhr, kurz nachdem Salzweil den Laden geöffnet hatte, kam der junge Mann wieder unter dem Vorwande, daß ihm noch einige Wägen fehlten. Besonders wünschte er einige aus dem Schaufenster. Salzweil, der gerade das Gold-, Silber- und Papiergeld enthaltende Spind geöffnet hatte, um Wechselgeld herauszunehmen, kam hinter den Ladentisch vor, um die verlangten Wägen aus der Auslage heraus- zunehmen. In diesem Augenblick rief ihm der Kunde einen Dolch am Nacken in die Schulter. Dem ersten Stich folgte sofort ein zweiter. Salzweil stieß hinter den Ladentisch, der Kunde, blindlings auf ihn einstehend, hinter ihm her. Zu Boden gestürzt, raffte er sich wieder auf, als dem Räuber der Dolch entfiel. Am sah der Kunde seinen Wortsplan drecktelt und ließ davon, bevor der Gefohene die Ladentür erreicht hatte und blutend auf der Straße zusammenbrach. Durch die Hilferufe Salzweils aufmerksam gemacht, hatten jedoch Strafengänger ihn beobachtet. Sie sahen, daß er von der Friedrichstraße in den Bahnhof hineinging und ihn nach der Kaiser-Wilhelms-Akademie zu sofort wieder vertief. Als der Räuber sich verfolgt sah, rannte er die sämtliche Straße zwischen Bahnhof und Akademie nach der Spree zu. Am Schillerplatz gelang es den Verfolgern ihn zu packen. Er rief sich aber mit einem ge- waltigen Aus wieder los und sprang mit einem Satz über das Geländer hinweg in die Spree. Die alarmierten Ob- schiffer an der Markthalle machten sofort ihre Weibsteile los, Schütz- männer und Gwifflisten sprangen hinein und kamen gerade zur rechten Zeit, um den Untergegangenen zu fassen, als er zwischen den Eis- schollen wieder auftauchte. Er wurde in ein Boot gezogen, aus Land gebracht und zunächst als Polizeigeisangener der Charité zu- geführt. Sonntag war er noch nicht vernunftfähig, wurde aber festgehalten als ein am 25. April 1875 zu Löwenberg in Schlesien ge- borener Klempnergehilfe Karl Moser.

Moser ist im Juli dieses Jahres von Chemnitz nach Berlin ge- kommen, um hier bei dem Klempnermeister Schwarz in der Linien- straße 154c, wo die Arbeiter sich im Aufstande befanden, die schimpfliche Rolle eines Streikbrechers zu übernehmen. Er verah seine Aufgabe mit einer Niedertracht, die selbst unter für den Staat besonders nützlichen Elementen nicht alle Tage vorkommen dürfte. Nachdem er einige Tage bei der Firma gearbeitet hatte, kam er eines Morgens mit verbundenem Arm in der Fabrik an und verkündete, daß er von den Ausständigen überfallen und mit Salzsäure begossen worden sei. Diese Nachricht war von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gelogen, aber sie bot der auf Streikbrecherjagd energiegelten Polizei Gelegenheit, eine Anzahl der Ausständigen festzunehmen. Nachdem Moser wieder her- gestellt war, stellte die Firma Schwarz ihn trotz seiner moralischen Minderwertigkeit wieder in ihren Betrieb ein, sie entließ ihn dann jedoch bald, weil er in seinem Fache durchaus untauglich war. Es liegt ja in der Natur der Dinge, daß die Streikbrecher sich vielfach aus den bedenkllichsten Elementen der Bevölkerung rekrutieren. Das wird selbstverständlich auch in Zukunft die Behörden des Staates der Socialreform nicht hindern, diese Leute gegen den pflichtgemäß organisierten Teil der Arbeiterklasse mit aller Liebe und Sorgfalt zu „käufen“.

Ein Heiratswindler, der wahrscheinlich auch Eisenbahndieb ist, wurde in der Person eines Mannes festgenommen, der sich Johann „b. Oberndorfer“ und „Fehr. Johann v. Wallsee“ nennt, sich seinen Opfern gegenüber aber auch noch andre Namen beilegt hat. Der Mann sehr elegant auftretende Mann nähert sich heiraatslustigen Damen als Besitzer einer Zementfabrik im Rheingebiet oder auch als österreichischer Offizier, nachdem er durch Anzeigen auf seine werke Person aufmerksam gemacht hatte. Wenn er sein Opfer genügend fider gemacht, einen Termin für die Hochzeit angesetzt und eine Wohnung bereits gemietet hatte, mußte er plötzlich noch eine Weidastreise machen nach Paris, London oder sonst wo hin. Bald erhielt dann die Braut eine Bitte um Hilfe aus der Verlegenheit. Er habe Geld verloren, hieß es, oder er sei bestohlen worden u. Die vertrauensfertigen Damen schickten, was verlangt wurde, selbst bis zu 5000 M. In Char- lottenburg ereilte endlich den Schwindler sein Geschick. Eine betrogene Dame sah ihn auf der Straße und ließ ihn festnehmen. Da der Verhaftete viel hin und her fuhr und immer Dörge

benutzte, so vermuten die Behörden, daß er auch die zwischen London, Berlin und Paris häufig in diesen Tagen vorgekommenen Diebstähle verübt hat.

Hängebänken in der Nachbarschaft des Klosters werden von manchen „Gerichtsknechten“ immer noch für gut genug gehalten, um Dienstmädchen darauf einzusperrchen. Mit welcher Leichtfertigkeit dabei oft zu Werke gegangen wird, zeigt der Umstand, daß gestern morgen die 21 Jahre alte Emma Pilgrim, die bei dem Kaufmann Blüh in der Wilhelmstraße 20 dient, durch einen Sturz vom Hängeboden verunglückt ist. Der Hängeboden befindet sich 1 1/2 Meter über dem Klostrraum. In diesem pflegt die Leiter zu stehen, die das Mädchen zu benutzen hat. In der Nacht zum Sonntag hatte jemand von der Familie, ohne bei der Benutzung des Klosters die Leiter beiseite gestellt und stehen lassen. Als nun das Mädchen morgens um 5 1/2 Uhr in der Schlaftrunkenheit den Hängeboden verlassen wollte, ohne nicht anzuhören, merkte es ihr Fehlen nicht, stürzte hinab und zog sich so erhebliche innere und äußere Verletzungen zu, daß der Dienstherr es mit einer Droschke in ein Krankenhaus bringen mußte.

Ein russischer Schwindler brandschaft seit einiger Zeit seine hier lebenden Landsleute. Es ist ein junger Mann, der sich hochtönend Barclay de Tolly nennt und fälschlich behauptet, daß er hier auf der Landwirtschaftlichen Hochschule studiere. Er meldet sich bei wohlhabenden Landbesitzern, besonders auch Studenten, erzählt ihnen, daß sein Vater in den Ostseeprovinzen sehr begütert sei und bittet, ihm mit einigen hundert Mark aus einer Verlegenheit zu helfen, in die das Ausbleiben des Wechsels ihn gebracht habe. Sobald der Wechsel komme, werde er umgefaßt seine Schuld abtragen. Das vergibt er aber ganz und gar und so sind schon mehrere Kassen, die auf den Namen Barclay de Tolly vertrauten, um erhebliche Beträge gekommen. Der Schwindler ist von seiner Sprache und Erscheinung ohne Zweifel Russ. Er ist etwa 25 bis 28 Jahre alt, blaß und schlant, hat ein längliches Gesicht, schwarzes Haar und einen schwarzen Schmutzbart, dessen Spitzen herunterhängen, und trägt dunkle Kleidung und einen schwarzen, steifen, runden Hut.

Einbrüche in Lauben sind zur Zeit nichts Seltenes. In der in Rigzdorf an der Besehrstraße gelegenen Laubentolonie Stordorff wurde in der Nacht zum Sonnabend die Thür eines Kammerzimmers geöffnet und der auf 70 Mark bewertete Inhalt gestohlen. Dieser Diebstahl wird die Kolonisten hoffentlich zur Vorsicht und Wachsamkeit mahnen.

Im Dienste tödlich verunglückt ist der 36 Jahre alte Hilfsbremser Stanislaus Adamski aus der Luthowstraße 189, der seit zehn Jahren auf der Lehrtr. Bahn beschäftigt war. Die Hilfsbremser müssen auf den kleinen Stationen an der Strecke, die sie befahren, auch beim Rangieren helfen. Hierbei fand Adamski in Groß-Bechnitz seinen Tod. Beim Zusammenstellen eines Güterzuges wollte er ein Geleise überqueren und sah nicht, daß auf diesem ein anderer Güterzug herangefahren kam. Er wurde umgestoßen, und ein Wagen dieses Zuges ging ihm über beide Beine. Schwer verletzt sollte er in ein Krankenhaus gebracht werden, er starb jedoch schon auf dem Wege dorthin. Die Leiche wurde gestern nach Berlin gebracht. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit einem zwölfjährigen Sohne und einer Tochter von neun Jahren.

Strafensperrungen. Die Koloniestraße von Nr. 1—146 wird behufs Ausführung von Kanalarbeiten vom 24.—30. d. Mts. für Fuhrwerke und Reiter gesperrt; ebenso der Uebergang der Schwedenstraße zwischen der Schwedenstraße 19 und der Koloniestraße wird behufs Ausführung von Kanalarbeiten vom 30. d. Mts. ab bis zum 2. Dezember und der Uebergang der Gezeierstraße zwischen Nr. 1 und Nr. 27 wird behufs Ausführung von Kanalarbeiten vom 4. bis zum 6. Dezember für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Ein Brandstifter schien Sonnabendabend in der Umgebung des Spittelmarktes sein Unwesen zu treiben. Nicht weniger als fünfmal wurde die Wehr in schneller Aufeinanderfolge in diesen Bezirk gerufen. Ueberall hatte der Thäter die Brände in Stellerräumen angelegt. Gegen 9 Uhr brannte in der Kurstr. 35 ein Vorratskeller. Als die Wehr erschien, stand schon ein größerer Teil des Kellers in Flammen, weshalb längere Zeit mit drei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte, bevor die Gefahr beseitigt war. Kurz nach 9 Uhr lief schon wieder eine Feuermeldung von dem Welter auf dem Spittelmarkt ein. Diesmal brannten in der Neuen Grünstr. 24 Weidenkörbe in einem Keller. Noch war dieser Brand nicht ganz beseitigt, als ein dritter Kellerbrand von der Wallstraße 24 gemeldet wurde. Hier wurden Kisten in der Hauptsache eingeschmort. Gegen 10 Uhr führte ein neuer Alarm die Wehr nach der Wallstraße 60. Bei Anbruch der Wehr war die Lage sehr kritisch, denn es brannten neben Kisten, Verpackungsmaterial und Stroh auch schon dort lagernde Ballons mit Salmiakgeist. Nur dem energischen Eingreifen der Wehr ist es zu danken, daß eine Katastrophe nicht entstand. Ein größerer Kellerbrand beschäftigte die Wehr Sonntagabend 9 Uhr in der Neuen Jakobstr. 15 längere Zeit. In der Hauptsache brannten dort Möbel in einem Lagerraum, sowie Verpackungsmaterial und hatte die Wehr mit zwei Dampfspitzenrohren tüchtig Wasser zu geben, bevor die Flammen erlosch werden konnten. Ein 6. Kellerbrand mußte am Sonntag 8 Uhr in der Neuen Kofstr. 19/20 abgelöscht werden. Matrizen wurden hier beschädigt. In der Potsdamerstraße 6 hatte die Wehr einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Ein ähnlicher Brand wurde von Karlsbad 7 gemeldet. Postmaterial hatte in der Brandenburgstr. 66 in einer Poststempelwerkstatt Feuer gefangen, während in der Hufstinststr. 41 Betten und Möbel in Flammen aufgingen. Sonnabendabend wurde die Wehr nach der Wallstraße gerufen, es handelte sich indes nur um einen Gardinenbrand. Küchengeräte kamen von der Waldemarstr. 23 und Lisfraterstraße 26 zur Meldung. Außerdem hatte die Wehr noch im Laufe des Sonntags in der Veteranenstr. 8 einen Wohnungsbrand abzuschließen. Möbel und Kleidungsstücke wurden beschädigt.

Im Anschluß an unseren Artikel in der Sonntagsnummer „Weihnachtsbücher für Kinder“ werden wir gebeten, mitzuteilen, daß der bereits angekündigte Vortrag des städtischen Lehrers Herrn Troll am Montag, den 1. Dezember, im großen Saale des Gewerkschaftshauses diesen Gegenstand ausführlicher behandeln wird. Herr Troll ist selbst Mitglied des Deutschen Jugendchriften-Ausschusses, auf dessen Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften in unserem Artikel hingewiesen wurde. Die in dieses Verzeichnis aufgenommenen Bücher sind es nun, die in der Woche vom Montag, den 1. Dezember, bis Sonnabend, den 6. Dezember, in der Zeit von 10—10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 3) ausgestellt sein werden. Da der Eintritt unentgeltlich ist und ein Verkauf dort nicht stattfindet, so ist damit Eltern und Erziehern die beste Gelegenheit geboten, sich ungeniert über geeignete Geschenke an Bäckern für die Jugend jeden Alters zu Weihnachten zu unterrichten.

Aus den Nachbarorten.

Aus Zehlendorf schreibt man uns: In dem westem Dorfe einverleibten Ortsteil Schönau herrschen bedenkliche Schulzustände. Die dem Pfarer in Lektore und nicht der Schulkommission unseres Ortes unterstellte Gemeindegemeinschaft ist einseitig. Die älteren der 44 Kinder gehen von 8—14 Uhr und die jüngeren von 9—1 Uhr in die Schule, so daß alle Kinder zusammensitzen. Daß dieser Zustand unhaltbar ist, hat die hiesige Gemeindevertretung schon mehrfach betont; sie plants sogar, die Kinder von Schönau in einem Schulomnibus nach der siebenklassigen Ortsschule bringen zu lassen. Leider ist es bei dem Wunsche geblieben. Auch der Lehrer der Schule in Schönau ist leider keine hervorragende pädagogische Kraft; vielmehr beklagen die Eltern der in Betracht kommenden Kinder sich bitter über die Behandlung, die dieser Herr sowohl den Knaben wie den Mädchen zu teil werden läßt. Kameralistisch in unzeitlichen Scheltworten leistet der Pädagoge sehr viel. Wird diesen Zuständen gegenüber die Gemeindevertretung auf Abhilfe sitzen? Sie hat doch für höhere Schulen so viel übrig.

Rummelsburg. In der letzte Sitzung der Gemeindevertretung machte der Vorsitzende zunächst die Mitteilung, daß die Genehmigung des Gewerbeverkehrs-Statuts eingegangen ist; es wurde beschlossen, das Statut am 1. Januar erst am 1. Februar in Kraft treten zu lassen, da die Zeit zur Vornahme der Wahlen sonst zu kurz ist. — Ein Vertrag mit dem Eisenbahnfiskus wegen Uebernahme der Straße 13 in Vorhagen durch die Gemeinde, wodurch diese die Unterhaltungspflicht übernimmt, wurde genehmigt. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß der Beschluß der Gemeindevertretung wegen Abänderung einer Petition gegen die Fleischsteuerung von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden ist, da dieser Beschluß die Befugnisse einer Gemeindevertretung überschreite. Interessant war in der umfangreichen Begründung die Bemerkung, daß die Steuerung ja nicht bloß Rummelsburg betroffen, sondern allgemein im Reich vorhanden sei. Es wird versprochen, die gegebene Anregung gegebenenfalls zu berücksichtigen. Unsere Genossen vertreten die Ansicht, daß die Gemeinde sich bei diesem Bescheid nicht zu beruhigen habe, sondern einmal prinzipiell durch einen Gerichtsbeschluß das Petitionsrecht der Gemeinden karstellern müsse; sie beantragten daher gegen den Beschluß der Aufsichtsbehörde Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu erheben. Gegen diesen Antrag stimmten jedoch sämtliche bürgerlichen Vertreter. — Eine an den Handelsminister gerichtete Beschwerde wegen Verletzung des hiesigen Schweine- und Gänsemarktes wurde von diesem ebenfalls abgewiesen. — Da die Kosten der im Rathaus angelegten Gasheizung jährlich die enorme Summe von 4000 M. jährlich ausmachen, wurde beschlossen, eine Dampfheizungs-Anlage einzurichten, wodurch die Heizungskosten auf 1000 M. herabgesetzt werden sollen. — Auf Anregung unserer Vertreter erklärte sich dann noch der Gemeindevorstand damit einverstanden, daß der Bezug der Arzneimittel für Arme zu denselben Vereinbarungen, wie sie in Berlin bestehen, aus der hiesigen Apotheke erfolgen soll.

Charlottenburg. Die Rückbewilligung von 33 000 M. im Armenetat beantragt der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung. Die Position „Unterbringung für Geisteskrante“ soll um 18 500 M. verstärkt werden, da die Zahl der für Rechnung der Armenverwaltung unterzubringenden Geisteskranten eine fortgesetzte Steigerung aufweist und die dafür ausgeworfenen Mittel bereits überschritten sind. Für die Unterbringung von Personen in nicht städtischen Krankenanstalten, Heilanstalten, Kurorten, Gemeindegaststätten und Trinkerheilstätten werden 14 000 M. mehr gefordert. Die Zahl solcher Kranken hat gegen das Vorjahr außerordentlich zugenommen. Im ganzen Jahre 1901 sind in nicht städtischen Krankenhäusern 78 Personen untergebracht gewesen, während in diesem Jahre bis zum 7. November bereits 92 Personen in 24 verschiedenen Krankenanstalten untergebracht werden mußten. Zum Teil ist das geschehen wegen Ueberfüllung des städtischen Krankenhauses, zum Teil aus Grund des mit einzelnen Berliner Krankenhäusern seit langer Zeit bestehenden Abkommens, zum Teil, weil eine Aufnahme in Specialanstalten nach ärztlichem Gutachten erforderlich war. Daneben ist eine wesentliche Erhöhung der Zahl der in Krankenheilstätten untergebrachten Kranken eingetreten. Schließlich ist noch die Unterbringung von Trunksüchtigen in Trinkerheilstätten hervorzuheben; es stellt hier nicht nur die wachsende Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Bekämpfung dieser Krankheit eine Rolle, sondern auch die rein praktische Erwägung, daß die Armenverwaltung durch rechtzeitige Inangriffnahme der Heilung spätere größere Kosten für den Unterhalt der ganzen Familie ersparen kann. Endlich werden noch 500 M. für die Instandhaltung der dauernd mit obdachlosen Familien besetzten Wohnbaracken am Fürstendammer Weg gefordert.

In Brich hat der Grundbesitzer-Verein um Vermehrung der Mandate zur Gemeindevertretung petitioniert. Diese bei unsern Hausagrarern etwas ungewöhnliche Erscheinung hat folgende Ursachen: Jetzt sind die Grundbesitzer in der dritten Abteilung nicht vertreten; sie hoffen aber nach Annahme ihres Vorschlags, daß nach Vermehrung der Mandate die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage sein wird, die nötige Anzahl von Hausbesitzern zu stellen. Die Herren möchten ferner wenigstens für die dritte Abteilung die Verteilung haben und glauben, daß ihnen dann ein Bezirk, in welchem die Landarbeiterschaft in der Mehrheit ist, zufalle. Sie selber geben für ihren Wunsch an, daß es bei der Vermehrung der Kommissionen den Gemeindevetretern nicht gut möglich sei, ihre Pflicht gebührend zu erfüllen. Das Bestreben der Hausagrarer wird unsere Parteigenossen zur Wachsamkeit anspornen.

Gerichts-Zeitung.

In dem seit 6 Tagen verhandelten Prozeß gegen den Bankier und früheren Lotterien-Einnahmer Niklaff wurden gestern die letzten Specialfälle verhandelt. Unter den Zeugen befanden sich zahlreiche kleine Leute, die ihre Spargroschen in vollem Vertrauen auf die Reklamtät des Angeklagten diesem zu Spekulationszwecken übergeben hatten und ihr Geld schließlich verloren haben. Der Angeklagte war, wenn die Auftraggeber auf die Lieferung der von ihnen aufgegebenen Papiere drängten, in der Erfindung von Gründen zur Einhaltung der Auftragsgeber unermüdlich. Wenn sie endlich persönlich in das Geschäftslokal stürmten, um zu einem Ergebnis zu kommen, hielten sie zu ihrem Entsetzen, daß Konkurs ausgedroht war. Nach der Totalität der Beweisaufnahme hatte sich aber die Mehrzahl der Kunden des Angeklagten auf das Differenzspiel gemessen und den letzteren als Mittelsperson benutzt. Es waren sehr trübe und absprechende Bilder aus dem geschäftlichen Leben, die sich da vor den Geschworenen entrollten. Den Gedanken, daß der Angeklagte Niklaff oder seine Familie übermäßigen Aufwand getrieben, ließ Staatsanwalt Reich fallen, hielt aber für durchaus erwiesen, daß der Angeklagte durch Differenzspiel übermäßig große Summen verloren habe. Auf Antrag des Justizrats Prerauer und Rechtsanwalts Hugo Caro wurden nach die letzte Sanitätsrat Dr. Kroner, Dr. Lehmann und Professor Dr. Litten vernommen, die den Angeklagten mehrmals in Krankheitsfällen behandelt haben. Aus ihren Bekundungen geht hervor, daß der Angeklagte in den Jahren 1900 und 1901 an Anfällen schwerer Nervenleiden gelitten hat, die ihn zwar nicht dauernd arbeitsunfähig machten, aber seine geschäftliche Dispositionsfähigkeit doch vorübergehend stark herabsetzten. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Nervenleiden durch die geschäftlichen Aufregungen des Angeklagten und den drohenden Zusammenbruch veranlaßt worden sind. Hieraus wurde der frühere Bankier, jetzige Rentier Oskar Rothschild als Sachverständiger über eine Reihe börsentechnischer und sonstiger das Bankgeschäft berührender Fragen vernommen. — Auf Ersuchen des Staatsanwalts Reich gab Vizepräsident Reuter noch Auskunft über die Ergebnisse der Vilangen. Nach der Bilanz pro 1896 waren schon 13 000 M. mehr Schulden als Vermögen vorhanden; für die Jahre 1897 und 1898 fehlten die Bilangen, die Bilanz pro 1899 weist einen Ueberschuß des Vermögens von 83 355 M. auf, dieser entspricht aber nicht den tatsächlichen Verhältnissen, da ein großer Teil der Außenstände uneinziehbar ist. — Der Vorsitzende erklärte die Beweisaufnahme im großen und ganzen für geschlossen und beantragte die Fortsetzung der Verhandlung auf Mittwoch 9 1/2 Uhr an. Der Dienstag bleibt zur Formulierung der etwa 150 Schuldforderungen frei.

Die allen christlichen Milchwärtern. Wegen wissenschaftlichen Vorgehen gegen das Nahrungsmittel-Gefahr stand der Landwirt Karl Grabsdorf aus Verlorenort und dessen Ehefrau, wegen fahrlässiger Uebertretung dieses Gesetzes die Milchhändler Artz und Karl Schmidt vor dem Schöffengericht. Bei einer Anfang Juni im Laden des Milchhändlers Vartz vorgenommenen polizeilichen Revision erwiesen sich zwei Fässer Vollmilch, die ihm soeben erzt der Milchhändler Schmidt vom Bahnhof zugefahren hatte, als stark gewässert. Schmidt selbst hatte diese Milch von den Eheleuten Grabsdorf bezogen. Er ließ die nächste Sendung bei der Ankunft auf dem Bahnhof untersuchen, begab sich überdies heimlich nach dem Wohnort des Lieferanten und entnahm den Fässern im Augenblick der Ablieferung mehrere Milchproben. Sämtliche Proben enthielten einen starken Wassergehalt.

zusatz. Die Eheleute Grabsdorf versuchten vor Gericht diesen Wassergehalt darauf zurückzuführen, daß die Milchflammen eine Zeitlang im Freien gestanden hätten und es wahrscheinlich in die selben hineingeregnet habe. Da aber bei der chemischen Untersuchung der Wasserzuzug zur Milch das charakteristische Element der Dorfbrunnen in der Karl, nämlich Salpetersäure, aufwies, so bemerkte der Vorsitzende: der „Regen“, von dem die Angeklagten gesprochen, sei jedenfalls durch ein Brunnenrohr geflossen. Für die angeklagten Milchhändler trat Rechtsanwalt Dr. Davidsohn ein, indem er ausführte, daß diesen unter den obwaltenden Umständen eine Fahrlässigkeit nicht zur Last falle. Dieser Ueberzeugung war auch das Gericht, welches die beiden Milchhändler freisprach. Die Landwirt Grabsdorffs Eheleute wurden dagegen zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Eingelaufene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Schilling, Dieß Verlag) ist soeben das 8. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parlamentarischer Selbstmord. — Die Lage der Braunkohlenarbeiter. — Von Otto Gué. — Klassenkämpfe in der Gemeindeverwaltung. — Von Max Lassar. — Die Nationalratswahlen in der Schweiz. — Von Dlonys Zimmer. — Literarische Rundschau: Henriette Jahrb. Die Fabrikarbeit verheerender Frauen. — Dr. Salomea Beckmüller, Karl Renger und die österreichische Schule der Nationalökonomie. — Jakob Wassermann, Der Koloß. — Religion: Der Gang der Krisis. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postposten zum Preise von 3 25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresseliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Baensch) ist soeben das sechzehnte Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm von Polenz. — Die Arbeiterfrage — eine Frage des werdenden Lohnarbeiters. — Von Paul Kampffmeyer. — Aus der Jugendzeit des Kommunismus. — Von Gustav Raab. — Gesundheitspflege im Winter. — Von Dr. Vogt. — Die Braunkohlengruben der Niederlausitz. — Von Wilhelm Braunsdorf. — Der stille See. Märchen von Karl Gwald. — Ein Kampf mit Wüden. — Kottgen. — Kunstbeilage: Beethoven von Max Lassar.

Die 500. Nummer des „Zwischenposten“ ist soeben erschienen. Sie ist als Jubiläumnummer ausgestattet und feiert das bedeutsame Ereignis in gebührender Weise. Die Nummer kostet 10 Pf. wie jede andre.

Vermischtes.

Ein verhängnisvoller Scherz. Ein entsetzlich jähes Ende fand ein frühliches Herrchen bei dem Augenarzt Dr. Reumann in P. Augen. Dieser zeigte Gästen aus seiner Waffensammlung ein besonders schönes Stilet. Nachdem er dasselbe wieder in die Scheide gesteckt hatte, stieß er damit scherzweise nach seinem neben ihm stehenden Freunde, dem Assistenzarzt Dr. John von städtischen Krankenhause. Dr. John schrie juchend auf und sank blutüberströmt zur Erde. Die Scheide des Stiletts war nämlich beim Ausziehen herabgefallen, und dem Unglücklichen war die blanke Klinge in den Leib gedrungen. Der erst 27 Jahre alte beliebte Arzt erlag seiner Verletzung.

Aus Lemberg wird vom Montag berichtet: Heute nacht sind siebenzehn Petroleumlichter in Vorstadt ein Haus der Flammen geworden. Bei dem Brande wurde eine Person getötet und eine verwundet; sieben Häuser sind niedergebrannt. Das Feuer entstand in einem Schachte der Kaphtha-Industrie-Gesellschaft angeblich durch eine Explosion von Gasen. Es ist Aussicht vorhanden, den Brand zu lokalisieren.

Verhaftung spanischer Schatzgräber. Die spanischen Schatzgräber waren lange Zeit eine stehende Rubrik bei uns. Einige dieser Wiedermänner sind jetzt gefaßt worden. Die Posterei von Barcelona hat eine Art Handelsagentur entdeckt, deren Hauptzweck es war, Ausländer zu prellen. Sie schickte Circulars aus, in denen verlockende Schätze, nur in der Einbildung bestehende Goldminen und andre schwindelhafte Dinge angeboten worden. Das Verfahren dürfte unseren Lesern bestens bekannt sein. Die an der Spitze stehenden Unternehmer, ein Desterreicher, ein Deutscher und ein Spanier, wurden verhaftet.

Goethe und Spinoza in ihrer ethischen Gemeinschaft ist das Thema eines Vortrages, den Dr. Kronenberg heute abend 8 1/2 Uhr in einer Versammlung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur im Bürger-saale des Rathhauses hält.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands, Verwaltung Berlin I und Berlin II: Heute (Dienstag) abend 8 1/2 Uhr bei Feind, Behrstr. 11: Gemeinshaftliche Mitgliederversammlung. Berichterstattung von der Generalversammlung zu Mannheim. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Briefkasten der Redaktion.

C. N. 75. 25 Jahre. G. R. Ober-Zöscheweide. Wenn Sie volljährig (Alter als 21 Jahre) sind, so sind Sie zur Abnahme und Zahlung der bestellten Waren verpflichtet, sonst nicht. — C. B. Sie können vorher an das Gericht unter Darlegung der Verhältnisse die Bitte richten, die Forderung nach den Vorläufen aus dem von Ihnen angelegten Grunde an Sie nicht zu richten. Da Sie Angeklagter, nicht Zeuge sind, ist die Erfüllung Ihrer Bitte schwieriger. — G. M. 14. Ja. — N. 100. 1 und 2: Nein. Wenn die Verhältnisse so liegen, wie Sie sie schildern, so könnte Ihr Mann mit Aussicht auf Erfolg das ihn verurteilende Erkenntnis anfechten. — Zöscheweide S. Ein Fährmannsamt brauchen Sie nicht anzunehmen. Ein Staatsangehörigkeits-Nachweis kann verlangt werden. Derselbe wird für Sachjen von den Kreis-hauptmannschaften zu Dresden, Leipzig, Zwickau und Saargen erteilt.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Beiter	Temp. u. G. 24. u. 48.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Beiter	Temp. u. G. 24. u. 48.
Emmende.	702	SS	2	Rebel	-4	Haparanda	764	NS	2	Zwolfen	-19
Damburg.	761	SS	4	Rebel	1	Selersburg	754	NS	1	Schnee	-1
Berlin	763	S	2	bedeckt	-4	Cort	743	S	3	bedeckt	12
Frankf./M.	765	SS	1	Rebel	1	Herbeden	763	S	3	bedeckt	3
München	766	SS	1	Rebel	0	Paris	763	S	3	bedeckt	3
Wien	769	SS	1	Rebel	-8						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. November 1902. Einwas wärmer, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Neueste wahre billige Preise

der Nachnahme.

Wirtl. Salzfein. 1/2, Roh M. h. 500 St. 7 u. 8 M. 250 St. 3 1/2 u. 4 M.

1/2, Roh große M (zu empfehl.) 400 St. 9 u. 10 M. 200 St. 4 1/2 u. 5 M. NK Speckfein 300 St. 11 M. 160 St. 5 1/2 M.

1/2, Roh Vollhering Milch Kogen. Fett 200 St. 9 u. 10 M. 100 St. 4 1/2 u. 5 M., bessere Sorte 10 1/2 u. 5 1/2 M.

Post-Dose. 70 jarre Fett. 1 1/2, 60 St. 2. Rohl. 2 1/2, M. 4 St. 2. Dose 3 1/2 M. 80 Dellefein. 2 1/2 u. 2 1/2, Bismarck. 2 1/2 u. 2 1/2, M.

Post-Kiste. Säcklinge 80 St. 2 1/2 M. Voll- u. Fett-Büchlinge groß 2 M. 4 Pf. Röh Brotten 1 1/2, M. 2 Stück 3 1/2, M. 54462

W. Schwandt, Swimmilade, Fischerei, Geringsgesch. engros, Mäckererei und Marinier-Werkstat.

Stempel-Fabrik von 1837 Robert Recht, Berlin S., Oranienstr. 142, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung. Ausnahmstypen „Verlett“ zum Zusammensehen einzelner Wörter (owie ganzer Sätze von 150 M. an).

Italienischen, Kagen, Eingaben, Reklamationen, Pulver, Steglischer-Strasse 65. 2525

Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.